

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 37. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 1 2003

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Eine Demokratie begeht Selbstmord



Willy
Schmidhauser,
Präsident der
SD Thurgau,
Dettighofen

In der Wirtschaft, im Gewerbe, in den Betrieben und in allen Firmen ist es so klar wie das Amen in der Kirche! Leider nicht in der Demokratie und Politik unseres Landes. Das ist tragisch und kurzsichtig, denn die verheerenden Folgen werden auch jene Regierenden treffen, die glauben, (noch) auf der «richtigen» Seite zu stehen...

In der Wirtschaft selbstverständlich

Ein Unternehmen plant die Anschaffung einer neuen Maschine oder will auf einem neuen Grundstück ein Fertigungsgebäude erstellen und einrichten. Die verantwortliche Planungsgruppe hat eine enorm wichtige Aufgabe zu erfüllen. Die in Frage kommenden Maschinen sind auf Herz und Nieren zu prüfen, es gilt, Vor- und Nachteile aufzulisten und abzuwägen. In Sachen Überbauung sind Bauauflagen und Fragen, wie weit wurde erschlossen, wie steht es mit den Auflagen für Lärm-, Gewässer- und Umweltschutz? Wie sind die Kosten für Anschlüsse und andere Auf-

lagen der Gemeinde, des Kantons und des Bundes? Je besser und breiter die Abklärungen und erarbeiteten Informationen der Planungsgruppen sind, umso effizienter und sicherer kann ein Unternehmen entscheiden. Je breiter Vor- und Nachteile analysiert und aufgelistet wurden, umso sicherer werden die gefällten Entscheide für die Betroffenen ausfallen.

Unsere Demokratie ist krank

Gehen wir nun zum Unternehmen Demokratie! Da gibt es ebenfalls Vor- und Nachteile, die möglichst ganzheitlich erarbeitet werden müssen: Das Volk braucht breite Information zu Vorlagen und Abstimmungen! Regierungs- und Oppositionsparteien sind unbedingt gefragt. Beide müssen dem Bürger Vor- und Nachteile von Projekten und Abstimmungen breit und umfassend aufzeigen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Regierenden eher die Vorteile, die Oppositionsparteien aber die Nachteile für Volk und Land aufzeigen. Wo also soll heute eine Oppositionspartei diese lebenswichtige, demokratische Aufgabe erfüllen? Wo? Die Chefredaktoren der wenigen Tageszeitungen bestimmen alles. Es gibt zum Beispiel keine Anrechte für Oppositionsparteien! Zwar spricht unsere Verfassung in Artikel 16 und 17 eine klare Sprache, doch die Interpretation wird auch gleich von den Medien-Verantwortlichen selber gemacht... Sie bestimmen in eigener Kompetenz, ob eine Partei, wie und wieviel überhaupt dem Bürger sagen darf.

Redaktoren kommandieren alles

Besondere Stiefkinder sind die Oppositionsparteien, allen voran wir Schweizer Demokraten, obwohl wir bewiesen haben, dass oft eine (schweigende) Mehrheit des Volkes hinter uns steht. Die Tatsache, dass 60% der Urne fernbleiben und Regierende zumeist mit 21% der Stimmbürger gewählt werden, ist für unser Land und unsere Demokratie eine sehr grosse

EWR: Vor zehn Jahren richtig entschieden



Vor zehn Jahren hat das Schweizervolk Mut bewiesen und Nein zum EWR-Vertrag gesagt. Erinnern Sie sich noch an die Drohungen, die die Befürworter eines EWR-Beitritts ausgestossen haben? Die Zeit ausserhalb des EWR hat bewiesen: Wir brauchen uns dem Wirtschaftsdiktat nicht zu unterwerfen und es lohnt sich, den Lockrufen der Internationalisten zu widerstehen. Wir können in wirtschaftlichen und politischen Grossgebilden nur verlieren. Daher ist jeder Widerstand gegen die Einbindung der Schweiz in transnationale Gebilde eine Verpflichtung aller aufrichtigen Bürgerinnen und Bürger. Weder die EU noch die UNO und die Nato sind in ihrer heutigen Form ein Segen für die Welt – auch nicht für die Schweiz. Es ist unsere Pflicht, die Schweiz mit ihrer direkt-demokratischen Tradition als souveräner Staat vor allen Zugriffen der Internationalisten zu schützen. Ansonsten machen wir uns schuldig gegenüber unseren Vorfahren und unseren Nachkommen.

Ihre SD-Parteileitung

Gefahr! Diese Sachlage muss unbedingt und im Interesse aller, möglichst schnell verändert werden. Wir brauchen «das freie Wort», wir brauchen die breite Information, um zu Entscheiden zu kommen, die von allen und vom ganzen Lande getragen werden. Alles andere ist mehr als gefährlich für unsere Freiheit und Demokratie, alles andere ist demokratischer Selbstmord. Zudem ist kein einziger Redaktor in irgend einer Form legitimiert, die Information zu steuern und den einen Maulkörbe und seinen Freunden jede Menge Zeitungsraum zu verpassen. Doch genau das sind heute die Tatsachen. Die Menschen werden einseitig informiert und mit Steuergeldern durch die Regierenden manipuliert. Das ist tragisch!

Warum geht es den Zeitungen schlecht?

Wenn nun die Zeitungen und Medien für alle berichten würden und für alle da wären, würden sie auch von allen gelesen, gehört und gese-

hen – ihre existenziellen Probleme würden damit über Nacht aus der Welt geschafft. Inserate wären sehr viel nützlicher, weil sie von einer «grossen Lesergemeinde» auch beachtet würden. Firmen und Geschäfte könnten Inserate ein-

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Ed Fagan kassiert ab
- 3 Leben und Umwelt
- 5 Hetzer Eisenstat
- 6 EU: Die Türkei im Anmarsch
- 7 Die Schweiz und Königsberg
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Wahlen Zürich

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Eine Demokratie begehrt Selbstmord...

Fortsetzung von Seite 1

rücken, die praktisch in alle Haushalte kämen und Erfolge sichern könnten. «Ach, zwei Seelen sind in meiner Brust», muss heute ein Zeitungsunternehmer klagen: Er hätte gerne eine Zeitung, die allen dienen könnte – sicher mit gewissen Schwerpunkten, aber es gibt viele Redaktionen und Chefredaktoren, die auf ihre politisch-publizistische Freiheit pochen und schreiben, was ihnen in ihr persönliches politisches Konzept passt, Rendite ihrer Zeitung und Demokratie unseres Landes hin oder her!

Platz für Oppositionsparteien – eine Lächerlichkeit!

Die Schweizer Demokraten im Thurgau veröffentlichen pro Woche eine Medienmitteilung (MM), die vielleicht eine A-4-Schreibmaschinenseite umfasst – mehr nicht! Je nach Lust und Laune von Chefredaktor Andreas Netzele – um das Beispiel der Thurgauer Zeitung zu nennen, bringt diese Zeitung selbst mit Abstimmungszahlen ausgewiesene Beschlussfassungen der kantonalen Parteileitung als Leserbrief von SD-Präsident Willy Schmidhauser bestenfalls drei bis vier Wochen später. Selbstverständlich werden massive Kürzungen, Änderungen und Textkürzungen von SD-Aussagen durch die TZ-Redaktion ohne jede Rücksprache mit unserer Partei vorgenommen. Weit über zwei Drittel der MM jedoch landen im Papierkorb. Es muss gefragt werden, wie sollen so die Bürger breit informiert werden, damit möglichst demokratische und ausgereifte Ent-

scheide zum Wohle aller gefällt werden? Kommt dazu, dass die TZ heute in vielen Orten und Bezirken die einzige Tageszeitung ist; Bürger können also kaum auf eine andere Zeitung ausweichen. Betrachten wir zudem den täglichen Umfang unserer Zeitungen, so müsste das wöchentliche Einrücken von einigen wenigen Texten der Oppositionsparteien – wie etwa unserer MM im Thurgau – wenig bis sehr wenig Platz (Zeilen) in Anspruch nehmen. Gleichzeitig aber könnten

damit die Zeitungen viele neue Leser gewinnen.

Wir müssen für das «freie Wort» kämpfen!

Oppositionsparteien müssen zuerst für das «freie Wort» kämpfen, bevor für politische Anliegen Druck gemacht wird. Demokratie ohne das «freie Wort» ist wie ein Wasserrad ohne Wasser! Ohne Wasser nützt die beste Wasserrad-Konstruktion wenig bis gar nichts!

Darum, liebe Freunde unseres freien Landes, nehmt die Verfassung zur Hand (§ 16 und 17) und erinnert euch unserer Väter. Wir brauchen gleich lange Spiesse für Regierungs- und Oppositionsparteien – ganz egal, woher sie kommen!

Wichtig ist nur die eine Frage: Leben wir in einer Demokratie, ja oder nein? 2003 schenkt uns neue Tage, hängen wir uns rein! Kämpfen wir für unser Land und unsere Demokratie! Ich bin auch dabei.

Ed Fagan kassiert ab

Der New Yorker Bundesrichter Edward Korman hat entschieden, dass Rechtsanwalt Ed Fagan aus dem Vergleich jüdischer Sammelkläger mit den Schweizer Grossbanken 750'000 Dollar Honorar sowie 222'000 Dollar Spesen erhält. In einem Entwurf des Verteilplanes waren für Fagan zunächst «nur» 350'000 Dollar vorgesehen gewesen, wogegen der Holocaust-Anwalt scharf protestierte. Ursprünglich hatte er mehr als vier Millionen Dollar verlangt.

Der ob seiner rüden Methoden berüchtigte US-jüdische Anwalt Ed Fagan ist in Streit mit seiner Vorzeige-Mandantin geraten. Im Namen von Gizella Weisshaus hatte Fagan 1996 die erste Klage gegen Schweizer Banken eingereicht. Es ging um angebliche Ansprüche auf das Guthaben von so genannten nachrichtenlosen Konten, die Holocaust-Opfern gehört hätten und nach den Kriegswirren von den Schweizer Banken einbehalten worden seien. Im August 1998 kam es dann zu einem Vergleich zwischen den Banken und jüdischen Sammelklägern über 1,25 Milliarden Dollar, eine Summe, die

nach allen Erkenntnissen viel zu hoch bemessen worden ist.

Opfer bitter enttäuscht

Inzwischen zeigt sich die Erstklägerin Weisshaus bitter enttäuscht sowohl über die beteiligten jüdischen Organisationen als auch ihren Anwalt Fagan. Dieser habe sie stets nur betrogen, jammert sie, sie selbst habe bislang überhaupt kein Geld aus dem Vergleich erhalten. In einem Brief an Ed Korman, den Präsidenten des Bundesgerichts in Brooklyn, hat nun aber Fagan den Eindruck erweckt, er vertrete nach wie vor die Interessen von Frau Weisshaus. Die in einfachen Verhältnissen lebende 73-Jährige sei, so der Advokat, «seit 1996 eine leidenschaftliche und nicht ermüdende Stimme, die sich für die Holocaust-Opfer einsetzte». Sie habe, so Fagan weiter, Anspruch auf eine «finanzielle Auszeichnung für ihre besonderen Verdienste». Es wird vermutet, dass Fagan die Verdienste seiner ehemaligen Mandantin deshalb so herausstreicht, weil er hofft, als ihr Vertreter damit auch seine Position bei den Verhandlungen über die Höhe des Anwalts-honorars verbessern zu können.

Anwalt Fagan pleite?

Dem Vernehmen nach ist Fagan in finanziellen Schwierigkeiten. Die New Yorker Anwaltskammer hat ihn kürzlich im Zusammenhang mit einem Kunstfehler-Prozess zu einer Entschädigungszahlung von 167'000 Dollar verurteilt. Fagan teilte der Kammer mit, er stehe derzeit in einem bitteren Scheidungskampf, sei pleite und könne deshalb nicht zahlen. Er setze jedoch seine Hoffnung in das zu erwartende Honorar aus dem Schweizer Bankenvergleich. Dabei müsste Fagan eigentlich auf einem riesigen Vermögen sitzen, Nicht nur lukrative Sammelklagen von «Holocaust-Opfern» sind sei-



Ed Fagan: Beutet die Holocaust-Opfer aus.

ne Spezialität, auch von Unglücken und Katastrophen fühlt er sich geradezu magisch angezogen. So wird berichtet, er sei 1995 einer der ersten Anwälte an der Absturzstelle eines amerikanischen Flugzeuges in Kolumbien gewesen und habe den Angehörigen der Opfer im Anblick der lieben Toten vorbereitete Verträge für Schadensersatzklagen unter die Nase gehalten. Gegenwärtig vertritt Fagan angebliche Apartheid-Opfer aus Südafrika mit einer Sammelklage u.a. gegen deutsche Unternehmen und Banken.

Umstrittene Methoden

Fagan stammt aus Texas. Erzogen wurde er an einer Talmud-Thora-Schule in Israel. Jura studierte er in New York. Als junger Anwalt vertrat er Firmen aus der Pharma- und Tabakbranche in Haftungsverfahren. Später wechselte er die Fronten und nahm sich der «Tabakopfer» an, die bekanntlich in Sammelklagen astronomische Milliarden-Forderungen durchsetzen konnten.

Fagans Methoden sind auch in jüdischen Kreisen umstritten. Ignatz Bubis, inzwischen verstorbener Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, bezeichnete ihn einmal als hemmungslosen Geldschneider, der sich auf Kosten der Opfer bereichere. In diesem Zusammenhang warnte Bubis vor einem neuen Antisemitismus, «weil sich ein jüdischer Anwalt danebenbenimmt».

Wegen seines Verhaltens im Kampf um die Verteilung der 1,25 Milliarden Dollar der Schweizer Banken zwischen den Klägern, jüdischen Organisationen und den Anwälten wurde Fagan von Kollegen der Habsucht bezichtigt. Er betrachte die Überlebenden, so formulierte einer seiner Gegner, «als Verfügungsmasse für sein Profitstreben». Fagan keilte zurück und beschimpfte die Führung des Jüdischen Weltkongresses als «Schweine».

Peter Bühler, Stadtrat, Bern

Weiterführend: Prof. Norman G. Finkelstein: DIE HOLOCAUST-INDUSTRIE. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. 234 Seiten, 19,90 Euro. /Sfr. 29.90

02470	Schweizer Demokrat / Démocrate Suisse		3213
Art	Offizielles Organ der Schweizer Demokraten		
Auflage	11'428 (WEMF-beglaubigt, 4. Juli 2002) Zusätzlicher Streuverband von weiteren 5000 bis 10'000 Exemplaren durch SD-Regionalsektionen		
Inserate	Schweizer Demokraten Zentralsekretariat Postfach 8116 3001 Bern	Tel. 031 974 20 10 Fax 031 974 20 11 E-Post: sd-ds@bluewin.ch	
Druck	Wallimann Druck und Verlag AG Aargauerstrasse 12 6215 Beromünster	Tel. 041 932 40 50 Fax 041 932 40 55 E-Post: admin@wallimann.ch	
Erscheint	1 x pro Monat Mitte (ausgenommen August)		
Inseratenschluss	14 Tage		
Satzspiegel	205 x 291 mm		
Drucktechnisches	Druckmaterial Dateien per ISDN an Wallimann Druck, Tel. 041 930 32 01 Raster Buntfarben Druckverfahren	Datenträger, Papierkopie, 54 – Offset	
Tarif ab 01. 01. 2001 (B)	1/1 205 x 291	1/2 205 x 145 100 x 291	1/4 205 x 72 100 x 145
Seiten und Seitenteile	850.–	450.–	250.–
Kleininserat	40.–		
Feste Aufträge mit Wiederholungen	3 x 10%		6 x 20%
Beilagen	von Fall zu Fall vereinbaren		



Schweizer Bilanz der Luftreinhaltung

Qualität besser, aber noch Probleme bei Ozon, Feinstaub und Stickstoffoxiden.

Bern (sda) Drastisch zurückgegangen ist insbesondere die Luftbelastung durch Blei und Schwefeldioxid, wie es in der Mitteilung des Bundesamts für Umwelt, Wald und Landschaft BUWAL heisst. Die heutige Belastung ist vier Mal geringer als in den 80er Jahren. Halbiert wurden die Werte bei Cadmium, flüchtigen organischen Verbindungen und Kohlenmonoxid.

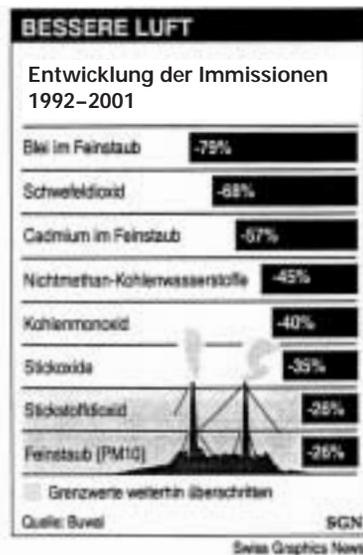
Am deutlichsten zurückgegangen ist die Luftbelastung nach Inkrafttreten der Luftreinhalteverordnung 1986 zu Beginn der 90er Jahre. In den letzten Jahren hat sich dieser Rückgang bei den meisten Schadstoffen abgeschwächt. Immer noch und teilweise deutlich überschritten werden die Immissionsgrenzwerte bei Ozon, Feinstaub PM10 und Stickstoffdioxid.

Gemäss den Zahlen des nationalen Beobachtungsnetzes für Luftfremdstoffe (NABEL) gab es hier starke regionale Unterschiede.

In den grossen Städten und entlang der Hauptverkehrsstrassen wurden die Grenzwerte deutlich überschritten. Im ländlichen Raum lag die Belastung hingegen deutlich unter den Grenzwerten.

Gegenüber dem Vorjahr nahm die Gesamtbelastung 2001 im Mittel aller Messstationen um drei Prozent ab. Die Belastung durch Feinstaub und Schwefeldioxid blieb praktisch gleich. Diejenige durch Ozon war leicht höher als im Vorjahr. Hingegen lag die Ozonbelastung im Sommer 2002 wieder tiefer als 2001.

staub und Schwefeldioxid blieb praktisch gleich. Diejenige durch Ozon war leicht höher als im Vorjahr. Hingegen lag die Ozonbelastung im Sommer 2002 wieder tiefer als 2001.



Trotz Verbesserungen sei das Ziel einer guten Luftqualität noch nicht erreicht, bilanziert der NABEL-Bericht Luftbelastung 2001. Das BUWAL fordert deshalb weitere Massnahmen wie mehr Partikelfilter und DeNOx-Katalysatoren für Dieselmotoren, schärfere Emissionsgrenzwerte und mehr ökonomische Anreize für umweltgerechtes Verhalten.

Die Bevölkerungszunahme liess die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz von 1950 bis 2001 von 4,67 Millionen auf 7,26 Millionen Einwohner anwachsen und belief sich allein 2001 auf 57'150 Personen. Nach der von Redaktor Frauenlob zitierten Publikation der Organisation Ecopop beträgt der Kulturlandverlust in der Schweiz seit 30 Jahren unverändert einen Quadratmeter pro Sekunde und brauchen 57'200 zusätzliche Einwohner – abgesehen vom vergrösserten Energieverbrauch, Autoverkehr und Abfallberg – 2,8 Millionen m² Wohnfläche. Die entsprechende anhaltende Zersiedelung und Landschaftszerstörung beeinträchtigt zunehmend die Lebensqualität der in unserem Land lebenden Menschen.

Zum Aufhalten dieser Fehlentwicklung genügt es nicht, bei Neubauten entsprechend dem Raumplanungsgesetz haushälterischer mit dem Boden umzugehen, unnötige Bauprojekte zu bekämpfen und einige Landschaftsinseln für eine künftige Grossstadt

Schweiz auszusparen. Auch die mit Recht verlangte verdichtete Bauweise stösst an Grenzen, weil eine übertriebene Verdichtung die Lebensqualität innerhalb der Siedlungen beeinträchtigt. Vielmehr muss zusätzlich die weitere Bevölkerungszunahme gestoppt werden, was nur durch eine Beschränkung der Einwanderung möglich ist. Der kritisierte Leserbrief stellt nun die Frage zur Diskussion, wie dies auf humane Art geschehen kann, und er schlägt vor, weiterhin schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen und andererseits auf das nicht durch Menschlichkeit motivierte Hereinholen ausländischer Billig-Arbeitskräfte möglichst zu verzichten und dafür zu einer Politik der verstärkten Investitionen und Entwicklungshilfe in Auswanderungsgebieten überzugehen. Dies ist nicht fremdenfeindlich, und die in einer Demokratie nötige sachliche Diskussion muss auch über solche Fragen möglich sein.

Leserbrief von Christoph Bürki, Bern in: «Natur + Mensch 5/02».

Absurde Kommentare zum EWR

Die grossen Medien überschlagen sich in ihren Kommentaren zum 10-jährigen Jubiläum der EWR-Abstimmung, die Schweiz schlecht zu machen. Sie leide unter einer «Wachstumsschwäche» und befinde sich am Schwanz einer Liste von Ländern bezüglich ihres so genannten wirtschaftlichen Wachstums u.a. Schuld daran sei das Volksnein zum EWR. Nun ist nicht zu bestreiten, dass in der Schweiz nicht einfach alles zum Besten bestellt ist. Z.B. hat sie eine bevölkerungsmässige Überfremdung, die weltrekordverdächtig ist, zugleich bewegt sich die Geburtenziffer der einheimischen Bevölkerung seit etwa 30 Jahren auf einem ungenügenden Pegel und sinkt weiter ab. Ausgerechnet die Kennzahl, die eine gewisse Rechtfertigung für eine wirtschaftliche Expansion liefern

könnte, die Zahl der Arbeitslosen, ist jedoch relativ günstig und weltweit am tiefsten, auch wenn sie in der letzten Zeit wieder etwas ansteigt, was an sich bedauerlich ist. Was wollen wir eigentlich? Eine Vergrösserung unserer Volkswirtschaft, obschon die Arbeitskräfte hierzu im Inland gar nicht zu finden sind? Ist die Schweiz noch nicht genug überindustrialisiert und überbevölkert und ihr Lebensraum dadurch noch zu wenig belastet? Dient die Wirtschaft nicht dem Menschen, indem er ihnen Erwerbsarbeit und damit Mittel zum Leben verschafft, sondern ist sie Selbstzweck und muss «wachsen», sogar dann, wenn gar kein Bedarf nach zusätzlichen Arbeitskräften besteht?

Dr. Jean-Jacques Hegg, a. Nationalrat und Gemeinderat

Ohne Einwanderungsstopp kein Umweltschutz

Kantonsrätin Käthi Furrer und Redaktor Günther Frauenlob kritisieren in Nummer 4/2002 von «natur + mensch» meinen Leserbrief mit dem Titel «Bevölkerungswachstum und Landschaftszerstörung». Sie weisen darauf hin, dass die in der Schweiz lebenden Menschen unabhängig von ihrer Nationalität die Umwelt belasten und der Ausländeranteil an unserer Gesamtbevölkerung für die Umwelt belanglos ist. Das ist richtig und wird im kritisierten Leserbrief auch bestätigt. Denn er erwähnt als wesentliche Mitursache

der in der Schweiz fortschreitenden Zersiedelung und Landschaftszerstörung das anhaltende starke Bevölkerungswachstum. Für den unvoreingenommenen Leser ist es klar, dass damit die Zunahme unserer ganzen Wohnbevölkerung und nicht nur die Zahl der bei uns lebenden Ausländer gemeint ist. Ich mache somit entgegen den Ausführungen von Frau Furrer nicht die Ausländerinnen und Ausländer für die Umweltzerstörung verantwortlich und darf deshalb nicht in die fremdenfeindliche Ecke gestellt werden.

Verschiedene alarmierende Berichte zu Drogen

jhd. Aus verschiedenen Ländern kommen alarmierende wissenschaftliche Berichte über Drogen. Drei Untersuchungen über Cannabis wurden in Schweden, Neuseeland und Australien vorgenommen und belegen alle die Schädlichkeit des regelmässigen Cannabiskonsums in jungen Jahren. Die massenstatistischen Untersuchungen aus Schweden und Neuseeland ergaben eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der späteren Erkrankungen an Schizophrenie bei Leuten, die regelmässig in jüngerem Alter Cannabis geraucht hatten. Die

Untersuchung an jungen Frauen in Australien lassen den Schluss zu, dass auch Depressionen verschiedenster Art bei früheren Cannabisraucherinnen mit grösserer Häufigkeit vorkommen. Alle drei Untersuchungen wurden mit hochwissenschaftlicher Akribie durchgeführt und im British Medical Journal veröffentlicht. Durch Zusatzuntersuchungen wurden mögliche falsche Schlüsse ausgeschlossen. Während die Wissenschaft die Berichte sehr ernst nimmt und der

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

neue Direktor der französischen Mission zur Drogenbekämpfung, Dr. Didier Jayle, sich deswegen strikte gegen eine Entkriminalisierung des Haschisch einsetzt, versuchen das Bundesamt für Gesundheit und der Psychiater Dr. Ambros Uxthenhagen wieder einmal, die Sache herunterzuspielen. Auch die Fachstelle für Alkohol- und andere Suchtprobleme in Lausanne fordert auf Grund der Erkenntnisse vermehrte Massnahmen zum Jugendschutz.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass neben dem Tabak das Haschischrauchen ebenfalls krebserregend ist. Und zwar nicht etwa wenig! Ein «Joint» hat die sechsfache Wirkung einer Zigarette. Eine weitere interessante Untersuchung zu Drogen wurde im Journal of the American Medical Association veröffentlicht. Nach dieser ist

der Kokainkonsum durch Schwangere schädlich für das ungeborene Kind. In den ersten zwei Lebensjahren blieben diese Kinder in ihrer geistigen Entwicklung zurück und wiesen wesentliche Defizite im kognitiven Bereich auf. Man muss daraus schliessen, dass sie mit bleibenden Schwierigkeiten im Schulalter rechnen müssen und ihre schulische Entwicklung beeinträchtigt sein wird.

Die US-Zeitschrift «Science» veröffentlichte eine Untersuchung zu Ekstasy. Nach dieser kann eine einzige Nacht im Ekstasy-Rausch genügen, dass beim Konsumenten ein bleibender Hirnschaden entsteht. Äussere Zeichen der Schädigung sind Zittern und eine eingeschränkte Mimik. Aber auch das Gemütsleben wird verändert. Aus dem Schaden kann sich zum Schluss eine parkinsonähnliche Krankheit entwickeln.

ke und neue Hochsicherheitslabors werden gebaut. In Schnellkursen lernen Ärzte wieder, Pocken zu erkennen. Die US-Seuchenpolizei ruft pensionierte Ärzte, die noch wissen, wie die Pockenimpfung funktionierte, in den aktiven Dienst zurück. Nach Plänen von Gesundheitsminister Thompson sollen in wenigen Wochen etwa 500'000 Menschen, vielleicht sogar 1,5 Millionen geimpft werden: Ärzte, Pfleger, Feuerwehrleute, Sanitäter und Polizisten. Mit den vorhandenen Beständen können 450 Millionen Menschen geimpft werden! Eine Pockenimpfung wirkt bis zu vier Tage nach der Infektion. Zusätzlich haben die USA über 200 Millionen frische Impfdosen geordert.

Und Europa? In Deutschland wurde die Impfpflicht 1976 aufgehoben. Die Jüngeren verfügen daher über keinen Immunschutz mehr und der der Älteren ist (zu)

schwach. Der «schwarze Tod» würde wie eine Grippewelle über Europa fegen. Wer ist in Europa überhaupt auf den dank Uncle Sams Kriegswut immer wahrscheinlicher werdenden Fall eingestellt oder tut etwas zur Vorsorge?

Schauen Europas Ärzte tatenlos zu, wie die USA einen neuen Weltkrieg vom Zaun reissen, dabei ihre eigenen Leute impfen, ihre europäischen Vasallen aber gleichgültig ins Messer laufen lassen?

Die den Krieg machen, wissen was sie tun: Georg Poste, früherer Chef-Forscher des Pharma-Konzerns SmithKline Beecham und heutiger Berater von Verteidigungsminister Rumsfeld: «So wie die Physik die Waffen des 20. Jahrhunderts beherrschte, wird die Biologie die Waffen des 21. Jahrhunderts dominieren.»

*Hypokratische Gesellschaft
Schweiz*

Der Wolf ist willkommen!

Im Unterschied zu dem, was man auf Grund von Behauptungen in den Medien, die sich auf die Aussagen einzelnen Jäger und Schafzüchter stützen, glauben möchte, ist der Wolf in den breiten Bevöl-



kerungsschichten der Schweiz willkommen! Er wird nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land akzeptiert. Dies ist das überraschende Ergebnis einer vom WWF Schweiz in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage. 75 Prozent der 1017 befragten Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind dafür, dass der Wolf in den Schweizer Alpen leben darf. In den Städten

und Agglomerationsgebieten wird das Raubtier sogar von 77 Prozent der Schweizer in seinem angestammten Habitat willkommen geheissen, auf dem Land immerhin noch von 71 Prozent. Ebensoviele der Befragten sprechen sich dafür aus, dass die Schafhalter Subventionen erhalten sollen, damit sie ihre Herden vor dem Wolf schützen können.

Über 15'000 Menschen haben ausserdem eine Bittschrift an die Eidgenössischen Räte unterschrieben, die verlangt, dass der Wolf in der Schweiz geschützt bleibt. Die Petition fordert zudem, dass Massnahmen zum Schutze der Nutztiere verstärkt werden. Gegen die Wilderei und den illegalen Abschuss soll härter durchgegriffen werden. Pro Natura verlangt allerdings auch, dass nur diejenigen Nutztierhalter für die vom Wolf gerissenen Tiere finanziell entschädigt werden, die ihre Herde auch schützen.

pro natura/wwf

Rückkehr des Bartgeiers in die Alpen



Der Bartgeier, früher wurde er Lämmergeier genannt, wurde 1913 in den Alpen ausgerottet. Dank den ersten Zuchterfolgen im Alpenzoo in Innsbruck konnte man nach geeigneten Aussetzungsarten suchen. Es ist dem Einsatz von 30 Zoos, verschiedenen Nationalparks, der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt und dem WWF zu danken, dass man im Jahre 1987 in Rauris (Österreich) die ersten Jungen auswildern konnte. In der Schweiz beteiligen sich die Zoos von Basel, Bern, La Garenne und Goldau an dem Projekt, mit drei Bartgeier-Paaren bildet Goldau das schweizerische Zuchtzentrum.

Bis heute wurden total 116 Vögel in den verschiedenen Kunsthorsten von Österreich, Frankreich, der Schweiz und Italien ausgesetzt. Es hat sich ein Bestand von über 80 Bartgeiern im Alpenraum gebildet. 1997 gelang einem Bartgeierpaar überraschend die erste Naturbrut in Savoyen (Frankreich). Seither sind 14 Vögel in der Wildnis der Hochalpen geschlüpft und ausgeflogen. Es deutet alles darauf hin, dass die Wiederansiedlung des Bartgeiers im Alpenraum glücken könnte. Viele Anstrengungen sind noch nötig, bis sich eine überlebensfähige Population gebildet hat.

Aus WAZA Magazin

Risiko eines Biokrieges mit Pocken?

Offiziell gibt es auf der ganzen Welt nur noch zwei Lager von Pockenviren: eines im Center for Disease Control and Prevention (CDC) in Atlanta, USA, das andere im Vektor-Institut in Nowosibirsk, Russland. Die Weltgesundheitsorganisation wollte sie Ende 2002 zerstören, da die Seuche ausgerottet ist. Doch US-Präsident Bush weigert sich, den Bestand zu vernichten. Er hat vorerst über fünf Milliarden Dollar bereitgestellt, um die USA gegen Pocken zu schützen, da er fürchten muss,

dass im Gefolge seines andauernden Krieges Terroristen oder Länder wie der Irak oder Nordkorea mit Biowaffen angreifen oder zurückschlagen könnten, etwa mit Kampfstoffen aus der hochpotenten ehemaligen sowjetischen Biowaffenproduktion. Forschungsaufträge für neue Impfstoffe und Medikamente laufen nun in den USA an. Massenimpfungen beginnen. Katastrophenpläne bis hin zur Zwangsquarantäne für ganze Städte werden entworfen! Isolationsräume für hochansteckende Kran-

Folge des Stromsparens?

Der Stromverbrauch in der Schweiz nahm im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr erneut um 2,6 Prozent deutlich zu und erzielte mit 53.749 GWh wieder einen neuen Höchstwert. Die Stromerzeugung übertraf 2001 mit 70.174 GWh den

bisherigen Höchstwert von 1999 (66.693 GWh) bei weitem. Neue Rekordmarken wurden auch bei den einzelnen Kraftwerkategorien wie Laufkraftwerke, Speicherkraftwerke und Kernkraftwerke gesetzt.

Aus: VSE-Bulletin



Schweizerfahne verbrannt

Ich bin über die Verunglimpfung unserer Fahne nicht überrascht. An unserer wunderschönen Landes-

ausstellung (EXPO) wurde doch unsere Fahne am 1. August verbrannt. Fast alle Zeitungen haben diese Aktion als super gelobt. Ein gelungenes Gaudi für die Expo-Verantwortlichen und viele linke Kreise. Sie sind meiner Meinung nach die wirklichen Auslöser dieser Entgleisung von Herrn Eizenstat. Unsere Fahne kann gar nicht mehr entehrt werden, als mit ihrer Verbrennung, und daran sind wir Schweizer selber schuld, weil wir so etwas Schändliches zugelassen haben. Kein Bundesrat hatte damals gegen diese Sauerei sein Veto eingelegt.

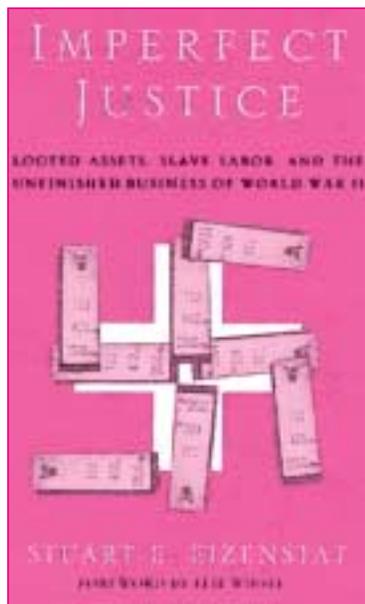
H.R. Bodenmann, Kreuzlingen

Eizenstats Beleidigung des Schweizervolkes

Ausgerechnet ein ehemaliger Staatssekretär der Clinton-Administration erfrecht sich, die Flagge der demokratischen Schweiz mit dem Hakenkreuz auf einem Buchdeckel zu überdecken. Das bedeutet eine Gleichsetzung der neutralen Schweiz mit den Nazischergen und dem Holocaust! Die Sperrung unserer Goldvorräte durch die USA zwang die Nationalbank auf Nazigold auszuweichen. Durch die faschistische Umzingelung blieb

der Schweiz überhaupt keine Wahl, mit wem man Handel treiben konnte. Nur mit Konzessionen erhielten wir Nahrungsmittel, Kohle, Grundmaterialien für die Industrie und andere Erzeugnisse. Der Schweizer Franken war damals die einzige konvertierbare Währung in Europa, von dem Nazigold der Nationalbank profitierten auch die neutralen Länder Spanien und Portugal! Im Gegensatz zu den Schweizer Banken mit dem Bankgeheimnis wurden in den USA die beträchtlich grösseren Konti mit einer Frist veröffentlicht und nach Ablauf vom Staat kassiert. Es war eine moralische Erpressung, welche von jüdischen Organisationen angezettelt wurde! Unser schwacher Bundesrat und einige Politiker wussten nichts Gescheiteres, als mit den Erpressern Kontakt aufzunehmen. Die Ausnahme war Bundesrat Delamuraz, der es wagte die Wahrheit zu sagen und nachher gezwungen wurde, sich zu entschuldigen! Den Vogel hat jedoch der Präsident der Schweizerischen Rassismus-Kommission, Herr Kreis, abgeschossen, indem er das Hakenkreuzcover als sachlich richtig kommentierte. Dabei handelt es sich um einen rassistischen Akt gegen das Schweizervolk! Herr Kreis muss gezwungen werden, sein Amt niederzulegen.

Guido R. Fischer, Aarau



Die beleidigende Titelseite.

Hetzer Eizenstat

Stuart Eizenstat bestätigt sich schon immer als Superhetzer gegen das Schweizervolk. Er verunglimpft und erpresst die Schweizer schon jahrelang bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Ihm gefällt es, eine stinkende Güllensuppe zu brauen, um damit das Schweizer-volk zu bekleckern. Dann verlässt

er sich darauf, im nachhinein sich scheinheilig entschuldigen zu können, um sich scheinheilig aus der Verantwortung zu schleichen. Den Gipfel der Heuchelei leistet er sich, wenn er sagt: er lobe sogar die Schweiz. So etwas nannte sich Sonderbeauftragter Präsident Clintons. Man müsste ihn unverzüglich mit

einer Klage über 2,25 Milliarden Dollar belegen, für all den Schaden, den er wieder angerichtet hat. Und wie steht es mit dem Gegenrecht? Einer Gegendarstellung? Denn was für Eizenstat recht ist, kann für uns nur billig sein. Stellen wir uns vor: Wie würde sein Land aufschreien, wenn wir seine Fahnen und Symbole mit gemetzgeten Indianern, Sklaven und Palästinensern dekorieren würden? Nicht schwer zu erraten, denn dann würden sie sich wie die Hyänen auf uns stürzen und uns zerfleischen! Aber

keine Angst – so etwas tun wir Schweizer eben nicht. Warum? – Weil wir nicht so primitiv sind und wissen, was Anstand ist. Man muss Eizenstat für das WEF in Davos als Persona non grata ausladen, sonst heisst es, wir hätten kein Rückgrat, keinen Nationalstolz und kein Ehrgefühl! Unsere Schweizerfahne ist ein Symbol für das Volk und wir Schweizer Demokraten halten unsere Fahne hoch in Ehren und lassen sie uns von Eizenstat nicht beschmutzen.

René Bättig, Dübendorf

BUCHBESPRECHUNG

Europas Eidgenossen

Alfred Zumbrunn, Berner Oberländer, geboren 1932, schlägt in seinem reich dokumentierten Buch die «Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft». Schweizertum sei geprägt durch das karge Bergland, rauhe Klima und die gemeinsame, tausendjährige Geschichte. Was hat nur die Aktivdienst-Generation durchgestanden. Dasselbe schon Urgross- und Grosseltern. Von Morgarten bis in unsere Tage liegt hier die ganze Schweizergeschichte vor uns ausgebreitet. Diese mit vielen kaum bekannten Einzelheiten. Wer wusste schon, dass nach dem Ersten Weltkrieg das Land Vorarlberg mit vierfacher Stimmenmehrheit den Anschluss als Schweizer Kanton herbeigewünscht hat? Noch immer seien die Vorarlberger EU-Gegner. Solches zu lesen, täte Schülern gut. Doch eher sagt man ihnen «ich schäme mich, Schweizer zu sein». Schlimmer beleidigen kann man all jene nicht, die in äusserster Gefahr und fast aussichtslos treu zum Land standen und nicht klein beigaben. Der Autor ruft uns den Völkerbund in Erinnerung. Auf diesen war keinerlei Verlass. Und wieder verfehlt die UNO einseitig die Interessen der fünf Siegermächte. Es ist kaum zu glauben, dass erneut – wie nach 1918 – unserer Armee und gar dem Land jede Berechtigung abgesprochen wird. Die

Achtundsechziger hätten «lawinenartig gewaltiges zerstörerisches Gedankengut in die Schweiz eingeschleust». Sie bescherten unserem sonst so hilfsbereiten Volk das «Asylantenmalaise», zusammengefasst: versprochene Höchstzahlen würden nicht eingehalten; Kritiker würden mundtot gemacht; man be ruft sich auf seinerzeit abgewiesene Flüchtlinge; Rot-Grüne und Kirchen wünschen eine «Multikultur»; man sei eingeschüchtert durch jüdische Kreise; es kämen begüterte junge Männer, die Flug und Schlepper zahlen können; hohe Kriminalität und Drogenhandel der Asylanten. Die Schweiz sei kein Einwanderungsland (wie es die Sozialisten behaupten). Der Autor (Seite 230): «Beenden wir die seit Jahren anhaltende ungerechtfertigte zerstörerische Selbsterniedrigung». Wir brauchen uns nicht zu schämen. Das Buch empfiehlt sich als unwiderlegbares Argumentarium bei den dringend nötigen Aussprachen unter Eidgenossen.

Robert Berner, Rheinfelden, Aktivdienst 1939/45

Alfred M. Zumbrunn, «Europas Eidgenossen», kartoniert, 320 Seiten, mit umfangreichem Literatur- und Stichwörterverzeichnis. Verlag Konsensfabrik, Mont-Soleil, ISBN 3-9522327-0-X, Fr. 28.–

Bestelltalon

Ich bestelle Exemplar(e) **Europas Eidgenossen** zum Preis von Fr. 28.– (zuzügl. Porto und Verpackung)

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: Alfred M. Zumbrunn, Strättilghügel 51, 3645 Gwatt Oder per Fax an: 033 556 91 01

Sie können auch über den Buchhandel oder im Internet bestellen:

<http://www.europas-eidgenossen.ch/>

Oder per E-Post an: alfred@zumbrunn.com



EU: Die Türkei im Anmarsch



Bernhard Hess,
Nationalrat,
SD-Zentral-
sekretär, Bern

Ende des vergangenen Jahres hat der EU-Gipfel in Kopenhagen endgültig die Osterweiterung der Gemeinschaft beschlossen.

Demnach werden zum 1. Mai 2004 zehn neue Mitglieder aufgenommen werden: Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern. Drei Jahre später sollen zu der auf 25 Mitglieder angeschwollenen Union Bulgarien und Rumänien stossen. Im Vorfeld des Gipfels war es zu heftigen Debatten in den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten darüber gekommen, ob ein verbindliches Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die von der EU bereits als Beitrittskandidat eingestuft worden ist, festgelegt werden soll. Die versammelten Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, im Dezember 2004 eine Entscheidung über die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zu treffen. Viele Mitteleuropäer blicken der EU-Erweiterung mit Bangen entgegen. Sie befürchten das Hereinströmen von Billiglöhnen aus Osteuropa und nach dem Wegfall der Grenzen auch freie Fahrt für die organisierte Kriminalität.

506 Sprachkombinationen

Nach der Erweiterung wird die Zahl der Brüsseler Kommissare von 20 auf 30 steigen. Auch in die Ministerräte und das Europaparlament entsenden die neuen Mitglieder ihre Vertreter. Allein das babylonische Sprachengewirr lässt erschauern. Bei einer probeweisen Sitzung des Europaparlaments, an der Vertreter der zehn Staaten sowie Rumänien und Bulgarien teilnahmen, wurde in 23 Sprachen gesprochen, was den Übersetzern insgesamt 506 Sprachkombinationen bescherte.

Kosten in Milliardenhöhe

Die EU-Erweiterung hat aber für die Mitteleuropäer noch wesentlich gravierendere Auswirkungen: Ihnen wird ein Übermass der Kosten aufgebürdet. Nach dem gültigen Beitragsschlüssel finanziert allein Deutschland ein Viertel des EU-Etats. Der Kopenhagener Gipfel beschloss, für die zehn neuen Mitgliedsstaaten in den ersten drei Jahren insgesamt 40,5 Milliarden

Euro bereitzustellen. Noch beim Brüsseler Gipfel im vergangenen Oktober war eine Summe von 37,6 Milliarden Euro als Obergrenze beschlossen worden. Die Beitrittskandidaten feilschten in Kopenhagen bis zuletzt um jeden Euro und setzten sich durch. Polen, das mit dem Scheitern der Verhandlungen drohte, erzwang zudem einen Beitragsnachlass für die Jahre 2004 bis 2006 in der Höhe von einer Milliarde Euro.

Bei einem Beitritt der Türkei würden sich die Kosten jedoch noch unvorstellbar erhöhen. Nach Berechnungen der EU-Kommission müsste die EU nach den geltenden Bestimmungen das Mitglied Türkei mit jährlich rund 20 Milliarden Euro subventionieren. Andere Schätzungen gehen gar von einem Anspruch der Türkei von jährlich bis zu 38 Milliarden Euro aus.

Kranker Mann am Bosphorus

Für die hohe Subventionierung der Türkei ist vor allem die Agrarpolitik der EU verantwortlich, deren bisherige Hauptnutznießer wie Frankreich, Spanien und Griechen-

Wirtschaftsdaten aus dem Jahre 2001 verdeutlichen die desolate Verfassung des kranken Mannes am Bosphorus: Inflationsrate 57,6 Prozent (EU-Durchschnitt 2,5 Prozent; Schweiz 1 Prozent), Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 5200 Euro (EU-Durchschnitt 20'010 Euro; Schweiz 35'950 Euro, 52'150 Franken).

Masseneinwanderung befürchtet

Doch es geht dabei bei weitem nicht nur ums Geld. Der ganz überwiegende Teil des türkischen Staatsgebietes liegt im asiatischen Erdteil. Würde die Türkei mit ihren völlig anderen Traditionen sowie Kultur- und Wertvorstellungen als denen des Abendlandes in die Europäische Union aufgenommen, wären die Folgen auch für unser Land katastrophal. Im Rahmen der EU-Freizügigkeit kämen Dutzende von Millionen nach Mitteleuropa. Und weil das Schweizervolk in seiner Mehrheit den bilateralen EU-Verträgen zugestimmt hat, muss befürchtet werden, dass der freie Personenverkehr auch auf die osteuropäischen Staaten



Lediglich der kleine Landzipfel westlich der Dardanellen, etwa drei Prozent der Fläche der Türkei, liegt auf europäischem Boden. Unsere Karte demonstriert aber auch, wie weit die EU mit einer Aufnahme der Türkei in die Krisengebiete des Nahen Ostens vorstossen würde und in welche furchtbaren Konflikte und Kriege sie verwickelt werden könnte. Die Türkei grenzt direkt an Georgien, Armenien, den Iran und Irak sowie Syrien.

land auf der Beibehaltung der äusserst grosszügigen Unterstützung ihrer Landwirtschaften bestehen. Die Türkei würde davon in besonderem Masse profitieren. Gegenwärtig sind 45 Prozent der türkischen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, die einen Anteil von 12,1 Prozent an der Bruttowertschöpfung erwirtschaften (EU-Durchschnitt 2,1 Prozent). Einer der ärmsten derzeitigen Mitgliedstaaten der EU, Griechenland, weist ein vier Mal höheres Pro-Kopf-Einkommen als die Türkei auf. Einige andere türkische

und somit dereinst auch auf die Türkei ausgedehnt werden könnte. Die Massen der Zuwanderung würden nicht nur das soziale Netz zerreißen, sie hätten auch die blutigen Konflikte ihres Heimatlandes im Gefolge. Angesichts dieser Problematik machen auch der von Brüssel geforderte Demokratisierungsprozess und die Respektierung der Menschenrechte, der Ankara etwa durch Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten schon teilweise nachgekommen ist, den EU-Beitritt der Türkei keinesfalls wünschenswerter.

«Das Ende der EU»

Die Osterweiterung ist für die EU schon jetzt eine fast unlösbare Aufgabe. Die finanziellen, organisatorischen, konstitutionellen und sonstigen gravierenden Auswirkungen auf den Zustand der heutigen EU sollen nach offizieller Darstellung deshalb in Kauf genommen werden, weil es um die historische Aufgabe gehe, die Wiedervereinigung Europas zu vollenden. Doch was hat die islamische Türkei im christlich geprägten Abendland verloren? Der frühere französische Staatspräsident und Vorsitzende des EU-Reformkonvents, Giscard d'Estaing, brachte es auf den Punkt: Ankaras Beitritt wäre nach seiner Ansicht «das Ende der EU». Die Türkei sei eindeutig kein europäisches Land. Ihre Hauptstadt liege nicht in Europa und 97 Prozent der türkischen Bevölkerung lebten ebenfalls nicht in Europa.

Einflussreichstes Land in Europa

Die Türkei wäre jedoch nicht nur ein Fremdkörper in der EU, sie würde diese über kurz oder lang sogar dominieren. Ihre rasch wachsende Bevölkerung von derzeit rund 68 Millionen Einwohnern wird nach Vorausberechnungen im Jahr 2015 auf 80 Millionen angewachsen sein. Zum Vergleich: In den zehn Mitgliedsstaaten, die jetzt aufgenommen werden, leben zusammen etwa 75 Millionen Menschen. Es ist davon auszugehen, dass die Türkei zum Zeitpunkt einer Vollmitgliedschaft das bevölkerungsreichste Land der EU wäre und somit über die meisten Stimmen im Ministerrat wie auch über die meisten Sitze im Europaparlament verfügen würde.

Türkei-Beitritt auf Druck der USA

Es ist bekannt, dass die USA grosses Interesse daran haben, dass die Türkei in die Europäische Union aufgenommen wird. Sie üben seit längerem entsprechenden Druck auf Brüssel und die EU-Staaten aus. Washington geht es darum, die Türkei fest in die «westliche Wertegemeinschaft» einzubinden und einen wichtigen Verbündeten sowie das erforderliche Aufmarschgebiet nicht nur für den bevorstehenden Irak-Krieg, sondern für eine darüber hinaus gehende Expansionspolitik in dem strategisch wichtigen Gebiet zwischen dem Balkan, dem Kaukasus und dem Nahen Osten auf Dauer zu sichern. Die amerikanische Regierung will den EU-Europäern die Aufnahme der Türkei mit dem Argument schmackhaft machen, die EU werde dann an die grossen Krisenherde der Welt heranreichen, was ihre Bedeutung erhöhe. Doch gerade diese Aussicht, nämlich in furchtbare

Die Schweiz und Königsberg – die beiden Käselöcher in der EU

Treten im Jahre 2004 im Zuge der Osterweiterung Polen und Litauen der Europäischen Union bei, so ist «Kaliningrad» (Königsberg) vollständig vom Kernland Russland abgetrennt. Doch was hat es so auf sich um dieses Käseloch in der EU, wo einst auch Schweizer lebten und wo der Tilsiter ursprünglich herkommt?

Im Januar 1945 stand die alte ostpreussische Hauptstadt Königsberg im Todeskampf gegen die heranrückende Rote Armee. In der Folge überlebten von den noch verliebten 130'000 Einwohnern ganze 20'000 Königsbergerinnen und Königsberger die Besetzung. Allein aus dem Umland flohen über zwei Millionen Menschen aus Ostpreussen gegen Westen. Hunderttausende wurden verschleppt, gedemütigt und vergewaltigt oder fanden sogar den Tod. Was viele jedoch nicht wissen: Unter den Flüchtlingen befanden sich auch 3600 Schweizer-Bürger, wovon 1200 entweder von der heranrückenden Soldateska erschlagen wurden oder an Hunger und Seuchen starben*. Ein Umstand, der für viele etablierte Politiker auch hierzulande bislang keine Träne wert ist.

Kant und Bernsteinzimmer

Mit der Vertreibung der Deutschen, einiger Holländer und Schweizer hörte Königsberg, einst Krönungsstadt der preussischen Könige, nach fast 700-jähriger Geschichte, 1945 auf zu existieren. Die historische Innenstadt lag, durch englische Bomber zerstört, fast vollständig in Trümmern. Was noch nicht zerstört war, wurde durch die Rote Armee, welche drei Tage und drei Nächte mordete, plünderte und vergewaltigte, dem Erdboden gleich gemacht. Die Kriegswirren überlebt haben einzig der Königsberger Dom, das Stadtschloss (die Ruine wurde erst 1968 auf Befehl von Breschnew abgerissen) und pikanterweise das Grabmal für den bedeutendsten Sohn Königsbergs, den Philosophen Immanuel Kant, geb. 1724, gest. 1804. Kants Grablege überstand die Bombennächte von 1944 wie durch ein Wunder unzerstört. In der Zeit des Kalten Krieges ist er es, der die Reste des Doms rettet. Als die Sowjets das

Mauerwerk abtragen wollen, erinnert man sie daran, dass Deutschlands bedeutendster Philosoph im Prinzip ein Vordenker des Marxismus, damit Vorkämpfer des Sozialismus war. Heute ist es üblich, dass sich Neuverheiratete am Grab Kants fotografieren, und dort dann ein paar Blumen zurücklassen. Sagenumwoben ist auch das sogenannte Bernsteinzimmer, welches gerne als «Achstes Weltwunder» bezeichnet wird. Anlässlich der Krönung in Königsberg 1701 wurde es vom Preussenkönig Friedrich Wilhelm I. dem russischen Zaren Peter I. geschenkt. Nach einer Zwischenstation im St. Petersburger Winterpalais fand das preussische Geschenk Platz im Sommerpalast in Zarskoje Selo – für die nächsten 190 Jahre. In Kisten verpackt wurde es von der deutschen Wehrmacht 1941 nach Königsberg in das Stadtschloss gebracht. Bis Januar 1945 war das prachtvolle Bernsteinzimmer in einem Schlosszimmer aufgebaut. Dann wurde es erneut abgebaut und verpackt, um es vor der herannahenden Roten Armee zu schützen. Danach verliert sich jede Spur.

Nach 1946 wurde Königsberg in «Kaliningrad» umbenannt. Kalinin war 1919–1945 nominelles Staatsoberhaupt der Sowjetunion, stimmte dem Massaker an polnischen Offizieren in Katyn zu, unterzeichnete den Erlass «Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons leben», der die Grundlage für die Deportation der Wolgadeutschen im Jahre 1941 bildete. Nachdem die Stadt Twer sich schon 1990 des Namens «Kalinin» entledigt hat, wollen auch mehr und mehr «Kaliningrader» den alten Namen Königsberg zurück. Die Bürgerinitiative «Für Königsberg» will die Rückbenennung zum 750. Jahrestag der Stadtgründung im Jahre 2005 erreichen.

Geschichte kann ironisch sein

Das russisch beherrschte Nordostpreussen mit der alten ostpreussischen Hauptstadt Königsberg («Kaliningrad») ist umgeben von Polen, Litauen und der Ostsee. Es entwickelt sich für Moskau mehr und mehr zur Belastung. Knapp eine Million Russen leben heute in meist bitterer Armut in der «Kali-

ningradskaja Oblast». In Warschau und im litauischen Wilna will man schon vor der für 2004 vorgesehenen EU-Mitgliedschaft beider Staaten die Visumpflicht für russische Bürger einführen: Polen ab Juli 2003, Litauen ab Oktober 2003. Ab 2006 gelten für beide Staaten die Regeln des Schengen-Abkommens: Russen, die von Königsberg ins eigentliche Russland wollen (oder umgekehrt), müssten dann ein EU-Spezialtransitvisum beantragen. Eine «Lösung» für die knapp eine Million Einwohner des Königsberger Gebietes, mit der die russische Regierung sich erst nach langem Zögern einverstanden erklärt hat. Von dem Königsberger Vorhafen Pillau (Baltiysk) sollen ab Anfang Dezember zudem Fähren nach St. Petersburg verkehren. Teile des Flottenstützpunktes Pillau werden dazu eigens zu einem Fährhafen umgebaut.

Die Geschichte kann durchaus auch ironisch sein: Mit dem Zerfall der Sowjetunion und insbesondere nach der geplanten EU-Osterweiterung lässt sich die Lage der Kaliningrader Oblast mit jener in der Zwischenkriegszeit vergleichen. Die Ironie des Schicksals bewirkt offensichtlich, dass zum zweiten Mal nach 1918–1939 für die Bewohner des ehemaligen Gebietes von Ostpreussen ein sogenannter Korridor eingerichtet werden muss, denn der Exklave, jetzt eingeklemmt zwischen Litauen und Polen, fehlt die direkte Verbindung zum Mutterland. Russische Transitreisende müssen dann in Zügen oder Bussen ohne Halt durch Polen oder Litauen reisen, für Autos gibt es bewachte Transitstrecken. Mit diesen Massnahmen glauben die Verantwortlichen das Königsberger Transitproblem gelöst zu haben.

Für Königsberg

In Königsberg läuft seit Juli 2002 eine Unterschriftensammlung, um der Stadt ihren alten Namen zurückzugeben. Zu den Initiatoren der Aktion, die im Internet unter der Adresse www.enet.ru/~kc/aktkbg wirbt, gehört der Maler Jurij Nuschajew, der der Bürgerinitiative «Für Königsberg» vorsteht. Die Initiative verweist darauf, dass auch andere Städte ihren



Königsberg liegt in der Mitte zwischen Deutschland und Russland. Die Stadt kämpft mit schweren Problemen nicht nur wirtschaftlicher Art. 2003 werden Polen und Litauen auch noch die Visumpflicht gegenüber Russland einführen. Die Bewohner Königsbergs benötigen dann ein Visum, wenn sie das nördliche Ostpreussen verlassen wollen.

historischen Namen zurückerhalten haben. Dazu gehört «Kalinin» an der oberen Wolga, das heute wieder Twer heisst. Welche Chance aber hat dieser durch die Geschichte doch so leidgeprüfte Landstreifen nach der EU-Osterweiterung? Es mehren sich Bewegungen, die die Trennung Nordostpreussens von Russland fordern. Die «Baltische Republikanische Partei» propagiert seit Jahren eine von Russland unabhängige «Baltische Republik». Einen souveränen Staat unter der Bezeichnung «Bernsteinküste» verlangt eine Bewegung gleichen Namens. Andere wollen in der Kaliningrader Oblast wieder Deutsche, immerhin wurden in den letzten Jahren 20'000 Russlanddeutsche angesiedelt, und möglicherweise werden auch wieder Schweizer angesiedelt. Sollte jedenfalls die Multikulturalität mit all ihren schlimmen Folgen für die Menschen hierzulande unerträglich werden, so wäre Nordostpreussen zum zweiten Male in der Geschichte eine Ausweichmöglichkeit für entwurzelte Schweizer.

Der Autor Bernhard Hess war im August 2002 auf Spurensuche im Bernsteinland. Als direkter Nachbar einer aus Ostpreussen 1945 vertriebenen Schweizer Familie wird er auch in künftigen Artikeln Ihnen die Geschichte Ostpreussens, des Baltikums und der Schweizer Auswanderer in dieser Region näher bringen.

* Quellenangabe: Schicksale über uns (Auslandsschweizer), div. Autoren, 1946, Unvergessene Heimat Ostpreussen, Bernd G. Längin, ISBN 3-8289-3156-6, weitere Informationen unter www.ostpreussenblatt.de

Fortsetzung von Seite 6

Konflikte und Kriege verwickelt zu werden, spricht gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei.

EU: Ohne die Schweiz!

Die jetzt in Kopenhagen getroffene Festlegung auf Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, so ist zu befürchten, ist bereits eine Vorent-

scheidung für den Beitritt selbst. Die Regierenden im EU-Raum denken nicht daran, diese Schicksalsfrage in einer Volksabstimmung entscheiden zu lassen, so wie ja auch zum Beispiel die Einführung des Euros in vielen EU-Staaten am Volk vorbei beschlossen wurde. Der geplante Beitritt der Türkei zum europäischen Riesengebilde soll der Schweiz einmal mehr Warnung sein: Hände weg von dieser EU!



Kanton Aargau



Verhöhnung der Schweizer Fahne

Die SD Aargau fordern die Einleitung einer Strafklage gegen Stuart Eizenstat sowie ein generelles Einreiseverbot

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons sind über die Verhöhnung der Schweizerfahne schockiert und fordern den Bundesrat ultimativ auf, gegen den früheren US-Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat ein Strafverfahren einzuleiten. Gemäss Artikel 270

des Schweizerischen Strafgesetzbuches wird mit Busse oder Gefängnis bestraft, wer unter anderem die Fahne der Eidgenossenschaft oder eines Kantons mit Absicht beschädigt oder beleidigende Handlungen daran verübt. Dieser Tatbestand ist nach Auffassung der SD Aargau vollends erfüllt, und die Verhöhnung der Schweizer Fahne durch den ehemaligen US-Unterstaatssekretär sollte deshalb ohne Wenn und Aber bestraft werden. Nach Auffassung der SD Aargau sollten die USA vor der eigenen Türe wischen und ihre dunkle Zeit aufarbeiten. Im weiteren fordern die SD Aargau ein generelles Einreiseverbot, denn der frühere US-Unterstaatssekretär ist beim kommenden Welt-Wirtschafts-Forum (WEF) in Davos bekanntlich als Teilnehmer gemeldet. Sollte Stuart Eizenstat dennoch die Frechheit haben, am WEF teilzunehmen, wird er mit entsprechenden Demonstrationen zu rechnen haben.

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Landorfstrasse 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung Sektion Stadt St. Gallen u. Umg.	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.infowil.ch/sd-wil Schlotterübung – Überleben in Schnee und Eis
Thurgau 		Am Freitag, 14. März 2003 zelebrieren wir die Jahresversammlung in Weinfelden. Beginn: 20.00 Uhr. Unser Gastreferent ist der neue Regierungsrat Kaspar Schläpfer. Bitte reservieren Sie schon heute diesen Abend!
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg, Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikerstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

JSD St. Gallen

Kommt auch mit zu unserer Schlotterübung

Überleben in Schnee und Eis

Thema: Bau eines Iglu mit anschließender Übernachtung
– Pflege der Kameradschaft;
– Einer für alle, alle für einen

Ort: Raum Toggenburg – Schwägalp (Kann je nach Schneeverhältnissen variieren)

Datum: 22. bis 23. Februar 2003

Treffpunkt: 8.00 Uhr, Hauptbahnhof St. Gallen

Kosten: Fr. 40.–

Ein detailliertes Programm wird allen Angemeldeten zugesandt.

Anmeldung:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel. _____

Einsenden spätestens bis zum 14. Februar an: Roland Uhler, Lenaustr. 19, 9000 St. Gallen.
Oder E-Mail: ruhler@freesurf.ch

Die SD Aargau fordern mehr Sicherheit der Bevölkerung

Schaffung von waffenlosen Bürgerwehren

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau fordern konsequente Massnahmen gegen die zunehmende Kriminalität. Die SD Aargau vertreten den Standpunkt, dass die Aargauer Bevölkerung Anspruch auf eine umfassende Sicherheit hat, welche derzeit nicht mehr gewährleistet ist. Nach Meinung der SD Aargau sind viele Aargauerinnen und Aargauer verunsichert und irritiert, denn in den letzten Wochen und Monaten haben Einbrüche, Diebstähle und andere kriminelle Machenschaften massiv zugenommen und gehören praktisch zur Tagesordnung. Wenn

sich Bürgerinnen und Bürger, vor allem abends, nicht mehr alleine auf die Strasse wagen – dann ist die Zeit reif, gezielte sicherheitspolitische Massnahmen einzuleiten. Die SD Aargau fordern deshalb die Schaffung von waffenlosen Bürgerwehren in den Gemeinden, in welchen die Kriminalitätsrate in den vergangenen Wochen und Monaten überdurchschnittlich angestiegen ist. Nur mit solchen Massnahmen kann den Menschen das Gefühl der Sicherheit zurück gegeben werden.

*SD Kantonalsektion Aargau,
René Kunz, Kantonalpräsident*



Kanton St. Gallen

«Üs schtinkts»

Der Stadtrat von St. Gallen hat im Jahr 2000 – im Einverständnis mit dem Gemeinderat – die zweimalige Kehrichtabfuhr pro Woche abgeschafft, die Kehrichtwagen zirkulieren seither nur noch ein Mal pro Woche. Viele Bürger zeigten sich darüber ungehalten, besonders diejenigen in engen Wohnverhältnissen, mit Kleinkindern etc. Zudem wurde es einerseits als ungerecht empfunden, dass die Innenstadt von dieser Regelung ausgenommen wurde und dass andererseits zwar der Kundendienst halbiert wurde, nicht jedoch die Gebühren, die auf gleicher Höhe verblieben.

Im Jahr darauf entschlossen sich die Schweizer Demokraten der Sektion St. Gallen, die Initiative «Üs schtinkts» zu lancieren und

wieder die Zweimal-Abfuhr zu verlangen. Die Initiative kam zustande, aber selbstverständlich arbeiteten alle Parteien im Gemeinderat gegen uns. Man rechnete den Lesern die hohen Kosten der Wiedereinführung der Zweimal-Abfuhr aus und pries die viel bessere Lösung der Stadt mit (noch nicht fertig geprüfem!) Molok-System an (wobei die Moloks allerdings auch wöchentlich mit den Kranwagen geleert werden müssten).

Unsere Initiative wurde somit abgelehnt, wen wundert. Mit dem grossen Hin und Her in den Zeitungen hat die SD Sektion St. Gallen dafür an Beachtung gewonnen, auch ein Erfolg, da man ja sonst kaum zitiert wird!

*Roland Uhler,
a. Gemeinderat, St. Gallen*



Kanton Bern

Das Kind nicht mit dem Bad ausschütten

Mehr als irgendeiner kämpfe ich – innerhalb der Kirche – gegen die Asylantenlobby. Deswegen wurde ich vor Jahren kirchlicherseits mit

Schreibverbot belegt. Ich halte nicht still. Man kennt meinen Widerstand. Zeitweise zahlte ich keine Kirchensteuer mehr, überwies aber den Obolus – zweckgebunden – meiner Kirchgemeinde. Mein stetes Bemühen – viele Briefe an massgebende Stellen – hat nun Frucht getragen. Ein Insider erreicht mehr als ein aus der Kirche Ausgetretener. «Mein» Kirchenblatt gab zur Asylanten-Initiative keine Parole mehr heraus. Ausser dem Sprecher der CARITAS, glaube ich auch, dass Geistliche lernfähig seien. Sie halten ja auch Zeitungen, wie etwa die Aargauer Zeitung. In deren Nummer vom 20.

Anzeige

- Lebensversicherung
- Vorsorgeplanung
- Kindersparplan
- Erwerbsunfähigkeit- und Todesfall



bei 01 / 946 36 37

Dezember lese ich über die Gerichtsverhandlung mit einem Kosovaren. Dieser ermordete «mutmasslich» einen Kroaten. Der Kosovare heiratete 1991 im Kosovo. Dort lebt die angetraute Frau mit mittlerweile vier Kindern. In der Schweiz hat er zusätzlich eine Freundin mit ebenfalls einem Kind. Er sei bescheiden, zufrieden und vor allem gut assimiliert. Er darf auf ein mildes Urteil hoffen und ohne Zweifel hier bleiben. Wer in solchen, häufigen Fällen als landeskirchlicher Pfarrer diese Kriminalität verharmlost, gehört – ungeachtet seines Standes – in den Senkel gestellt. Denn sogar mosaische Schriftgelehrte halten sich bekanntlich keineswegs an die vielen alttestamentlichen Bibelstellen vom «Fremdling». Dieser hat sich unserer Rechtsordnung zu unterziehen. Pfarrern, die wegschauen, die in Bausch und Bogen an jedem Asylanten «den Narren gefressen

haben», muss man – innerhalb der Kirchgemeinde – die Flügel stützen. Aber generell den Kirchen den Geldhahn zudrehen, wie mit der vorgeschlagenen Anti-Kirchensteuer-Initiative, könnte andere Folgen haben. Es wäre «das Kind mit dem Bad ausschütten». Der christliche Glaube ist das Fundament der Eidgenossenschaft (siehe Nummer 12/02, Seite 11). Wer dem Christentum, den Landeskirchen den Rücken kehrt, überlässt das Land erst recht den «Fremden», vor allem dem Islam. Die «Initiative in Prüfung» unserer bernischen Partei finde ich verfehlt. Schon die Diskussion darüber bringt eine weitere Schwächung eidgenössischer Gesinnung.

Robert Berner, Rheinfelden

Die SD des Kantons Bern haben im Dezember 2002 die Prüfung einer Volksinitiative zur Abschaffung für juristische Personen angekündigt.

SD fordert Verzicht auf Namensschilder für Polizeibeamtinnen und -beamte

Stadtrat Peter Bühler wird deshalb im Berner Stadtrat eine Motion zur Abschaffung der Namensschilder einreichen. Begründung: Reaktion auf die beispielelose Brutalität gegen eine Frau eines Tessiner Zöllners.

Kurze Bemerkung in eigener Sache: Walter Krebs, noch heute aktiver Polizeibeamter und 1995 noch Stadtrat der SVP, hat sich schon da-

mals vehement gegen die Interpellation von Grünen-Stadtrat Nico Lutz «Polizisten doch namentlich zu kennzeichnen» gewehrt. Leider erfolglos, da man vermutlich einer Motion vorgreifen wollte und die Polizeibeamtinnen und -beamte «ersuchte», mehr oder weniger freiwillig, Namensschilder zu tragen.

*SD Stadtsektion Bern,
Walter Krebs, a. Stadtrat, Pressechef*



Kanton Zürich

Hohe Ausländerkriminalität im Kanton Zürich



*Rolf Boder,
Kantonsrat
und
Regierungsratskandidat,
Winterthur*

Da wir Schweizer Demokraten eine Initiative über das Masshalten bei der Einwanderung lancieren, werde ich Sie mit ein paar Zahlen über die hohe Ausländerkriminalität im Kanton Zürich informieren, damit Sie sehen, wie wichtig diese Initiative für die Schweiz ist. Im Kanton Zürich wurden im Jahre 2001 **8819** Personen verhaftet. Das heisst, pro Tag werden 24 Personen, oder anders gesagt, jede Stunde eine Person verhaftet. **81.6% sind Ausländer**, die überwiegende Mehrheit Kriminaltouristen

und Asylbewerber. Die Schweiz hat 7,3 Mio. Einwohner, davon sind 1,4 Mio. Ausländer. Wenn man diese Zahlen relativiert, ist es erschreckend, wie viele Ausländer kriminell tätig sind in der Schweiz. Alleine im Drogenhandel sind von allen Verhafteten **35% Asylanten und ca. 50% illegale**. Der Rest sind meistens Ausländer mit Aufenthaltstitel oder Eingebürgerte.

Auch in der Jugendkriminalität sieht es nicht besser aus. Kinder aus Kriegsländern des Balkans, sind schon von Geburt auf mit Gewalt konfrontiert. Die Konflikte werden in diesen Gebieten auch mit anderen Mitteln, Messern, Schusswaffen etc. als bei uns gelöst. Eine Einordnung in unsere friedliche, rechtsstaatlich orientierte Gesellschaft ist für Bürger diesen Länder äusserst schwierig.

Fortsetzung Seite 10

Stadtrat will Volksentscheid umgehen

Mit Empörung nehmen die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich davon Kenntnis, dass der Zürcher Stadtrat gemäss Presseberichten (vgl. TA vom 23.12.02) unter Umgehung von Parlament und Volk einen «Ausländerrat» schaffen will. Bezeichnend für die Haltung der Stadtregierung ist auch, dass darüber zuerst auf der «Pagina italiana» im «Zürich-Express» orientiert wurde. Die Schweizer Demokraten halten fest, dass Ausländer sich nicht in

politische Belange des schweizerischen Staatswesens einzumischen haben. Sie fordern den Stadtrat auf, entweder von seinem Vorhaben, welches schon einmal in einer Volksabstimmung verworfen wurde, abzusehen oder die Sache vor den Gemeinderat zu bringen und sich der Referendumsabstimmung zu stellen, für welche die SD sorgen werden.

*SD der Stadt Zürich,
Christoph Spiess-Baumgartner*

Zürcher Regierungs- und Kantonsratswahlen vom 6. April 2003

SD – eine patriotische und soziale Alternative zum Machtfilz

csz. Am 6. April 2003 wählt das Zürchervolk sein Parlament und seine Kantonsregierung neu. Für kleine Parteien ist die Ausgangslage schwierig, weil der Kanton in nicht weniger als 18 zum Teil sehr kleine Wahlkreise zersplittert ist. Selbst in den grössten Bezirken (Bülach, Horgen und Uster) benötigt eine Partei jeweils ca. 6 % der Stimmen, um einen Sitz zu erringen. Den Schweizer Demokraten ist es aber seit 1979 jedesmal gelungen, eine Vertretung in diesem wichtigen Parlament zu erlangen, und es besteht begründete Hoffnung, dass dies auch so bleibt.

SD-Listen in 15 von 18 Wahlkreisen

Die Vorbereitungen für den wichtigen Urnengang gehen gut voran. Aller Voraussicht nach werden wir nur gerade in den kleinen Bezirken Affoltern (6 Sitze), Pfäffikon (7 Sitze) und Andelfingen (4 Sitze) nicht mit von der Partie sein. Von grosser Bedeutung sind die Listenverbindungen. Wir versuchen, wo immer möglich, mit anderen kleinen Parteien (z.B. mit der EDU) solche einzugehen. Gute Erfolgchancen bestehen vor allem im Bezirk Bülach, wo unser bisheriger Kantonsrat (und Regierungsratskandidat) Rolf Boder als Spitzenkandidat antritt. Nicht schlecht sind auch die Aussichten, unseren bisherigen, von Kantonsrat Hansjörg Fischer gehaltenen Sitz im Bezirk Uster zu verteidigen, obwohl mit dem praktisch vollständigen Zusammenbruch der Freiheitspartei ein nützlicher Listenverbindungspartner ausgefallen ist. Schwieriger dürfte leider das Unterfangen sein, den Sitz in der Stadt Winterthur zu halten, wo wir letztesmal ein schier unglaubliches Proporzglück hatten und in einer Koalition von vier Kleinparteien mit 2,2 % Stimmenanteil eines von

13 Mandaten ergatterten. Chancen bestehen aber auch in weiteren Wahlkreisen, so in Hinwil und Dielsdorf, wo wir 1999 nur knapp je einen Sitzgewinn verfehlten, und in den beiden grossen Stadtzürcher Wahlkreisen II (Zürich 3 und 9) und VI (Zürich 11 und 12).

Kantonsrat Rolf Boder in den Regierungsrat!

Für die Regierungsratswahl haben die SD-Delegierten schon am 18. Juni 2002 Kantonsrat Rolf Boder nominiert. Er hat sich im Parlament mit seinem konsequenten Einsatz gegen die Überfremdung und insbesondere gegen die aus dem Ausland importierte Gewaltkriminalität einen Namen gemacht. Parteiintern hat er sich beim Aufbau einer kampfstarken Sektion im Raum Winterthur verdient gemacht. Seit einiger Zeit vertritt er die Kantonalpartei auch im SD-Zentralvorstand.

Manipulation seitens der Medien

Schon seit geraumer Zeit wird insbesondere seitens der fast völlig gleichgeschalteten Medien mit allen Mitteln versucht, auch die Parteienlandschaft EU-kompatibel zu machen. Man schreibt nur noch über die Bundesratsparteien und schweigt die anderen politischen Kräfte, die immerhin ca. 20% der Wähler auf sich vereinigen, wo immer möglich, tot. Als Vorbereitung für einen Übergang vom Konkordanzsystem zu einem solchen mit Regierung und Opposition (und natürlich ohne direkt-demokratische Rechte der Bürger!) dient wohl die Konzentration der Berichterstattung auf zwei angebliche politische «Hauptpole», nämlich die SP und die SVP. Aber sind diese für patriotisch denkende Arbeitnehmer(innen) und Rentner(innen) überhaupt wählbar?

Fortsetzung von Seite 9

Und genau aus diesen Ländern haben wir im Moment die grösste Einwanderungsflut. Auch aus Afrika ist im Moment eine sehr grosse Einwanderung festzustellen. Diese Leute kommen nur wegen des Geldes in die Schweiz und sie sind kriminell äusserst aktiv. Es kann jeder mal nach Zürich kommen, um erschreckt festzustellen, was hier, an der Langstrasse, in Sachen Drogen, Prostitution und sonstigen strafbaren Handlungen geschieht. Unsere Gefängnisse sind gefüllt mit bis zu **85% Ausländern**, ein Insasse kostet uns zwischen **250 bis zu 400 Franken im Tag**.

Leider gibt die normale Presse solche Zahlen nicht bekannt und verschweigt diese den Lesern. Aus diesem Grund versuche ich mit meinem Artikel, möglichst viele Leute zu informieren und zu sensibilisieren. Die schweizerische Ausländerpolitik hat Schwächen. Viele Verantwortliche wollen dies aber

nicht wahrhaben. Die Politik ist gefordert. Die bestehenden Gesetze genügen grundsätzlich, sie werden aber zu wenig konsequent angewendet. Eigeninteressen spielen dabei eine zu grosse Rolle.

Ich selber habe als Flughafenpolizeibeamter tagtäglich negative Erlebnisse in meinem Beruf. Z.B. wenn ich Leute zurückhalte, die mit einer **mehnjährigen Einreisesperre** ausgeschrieben sind, und ich diese trotzdem einreisen lassen muss, nur weil das BFA (Bundesamt für Ausländerfragen) diesen Leuten aus dem Balkan eine Ausnahmebewilligung ausgestellt hat. So etwas darf einfach nicht vorkommen.

Wir Schweizer Demokraten haben aus diesem Grund eine Initiative lanciert. Masshalten bei der Einwanderung. Helfen Sie uns Unterschriften zu sammeln, damit wir so schnell wie möglich die geforderte Zahl erreichen. Es ist höchste Zeit, dass wir gegen die grosse Einwanderungsflut kämpfen.

Wer hat uns verraten...?

Die Sozialdemokratie hat sich längst von ihrem ursprünglichen (und berechtigten) Hauptanliegen, der Vertretung und sozialen Stärkung der Arbeitnehmerschaft, abgewandt. Grosse Teile der SP unterstützen die Globalisierung und fallen damit den einheimischen Werktätigen in den Rücken. Die Partei leistet gegen die Privatisierung von Staatsbetrieben – eine grosse Abzockerei und Verschönerung von Volkseigentum – nur halbherzig Widerstand. Wichtiger als die Vertretung der Arbeitnehmer und Rentner sind den Sozialisten allerlei Randgruppen, von Straftätern über Homosexuelle bis hin zu Zigeunern. Mit dem Feminismus helfen sie mit, die Familie als Kernzelle der Volksgemeinschaft zu zerstören. Die Überfremdung, unter der vor allem Schweizer(innen) mit kleinem Einkommen – Arbeiter und Rentner – zu leiden haben, die sich nicht in ein Einfamilienhäuschen an der Goldküste zurückziehen können, kümmert die SP überhaupt nicht. Sie will uns stattdessen eine «multikulturelle», d.h. eine kultur- und identitätslose Gesellschaft aufzwingen. Die Damen und Herren Sozialisten selber leben allerdings gar nicht so multikulturell wie sie es von den sozial schwächeren Schweizer(inne)n verlangen. Die meisten sind gut verdienende Akademiker, haben längst in einem «Trendquartier» (z.B. im Zürcher Seefeld) eine Eigentumswohnung und leben in Häusern und Strassen, wo es kaum Ausländer hat, schon gar keine nicht assimilierbaren Exoten. Hat es in der Schule zuviel Ausländerkinder, so schicken sie ihren eigenen Nachwuchs flugs in teure Privatschulen. Dass die meisten Schweizer(innen) sich solchen Luxus nicht leisten kön-

nen, interessiert sie nicht. Auch sonst ist es mit dem sozialen Gedanken bei der SP nicht mehr weit her. Sie will uns in die EU bringen, obwohl sich dann z.B. die Hypothekenzinsen dem dortigen Niveau anpassen und die Mieten ins Uner-schwingliche steigen würden. Unglaublich sind die SP und die Grünen schliesslich auch in Sachen Umweltschutz, denn alle gut gemeinten Massnahmen in dieser Richtung bleiben letztlich nutzlos, wenn immer noch mehr Leute ins Land kommen und den knappen Lebensraum überfüllen und überbeanspruchen.

Der Rattenfänger von Herrliberg und seine Fremdarbeiter- Importeure

Von ihrer angestammten Partei solchermassen verraten, wenden sich leider viele Schweizer Arbeitnehmer der SVP zu. Damit kommen sie sogleich vom Regen in die Traufe. Diese Partei produziert zwar viel nationalistisches Getöse, aber dieses dient offensichtlich bloss dem Stimmenfang, weil sich mit dem übrigen, antisozialen und staatsfeindlichen Programm der Partei in weiten Kreisen der Bevölkerung keine Anhänger finden lassen. Im politischen Alltag verhält sich die SVP ganz anders. Sie war schon gegen Schwarzenbach und Oehen, weil ihre angestammte Klientel – z.B. die Baumeister und die Hoteliers – nie genug billige ausländische Arbeitskräfte bekommen konnten. An dieser Haltung hat sich nichts geändert, sie wird nur besser kaschiert. So war von der SVP erst vor kurzem zu hören, dass man die Ausländer- von der Asylpolitik trennen müsse. Als ob es für die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz einen Unterschied machen würde, ob jemand als Fremdarbeiter oder als

Asylbewerber kommt! Ein SVP-Nationalrat (J. Fattebert) verlangte sogar ausdrücklich, die Einwanderungsschleusen für Billigarbeiter aus Osteuropa zu öffnen, und gefordert wurden neue Kontingente von «Kurzaufenthaltern». Dieses Lied kennen wir aus den Siebzigerjahren, vom Saisonier-Unwesen. Nach ein paar Saisons erhalten die «Kurzaufenthalter» eine Dauer-aufenthaltsbewilligung. Dann wandern sie in besser bezahlte Branchen ab und holen ihre ganze Sippschaft in die Schweiz nach. An ihre Stelle kommen neue «Kurzaufenthalter», und das Spielchen kann von vorne beginnen. Dieser Politik, welche die SVP seit Jahrzehnten und auch heute noch unterstützt, haben wir die Masseneinwanderung von mehr als 20% Ausländern zu verdanken. Die Asylanten, auf denen die SVP ausschliesslich herumhackt, sind zwar ein grosses Ärgernis, machen aber nicht einmal 10% aller Ausländer aus. Was soll man von solchen «Patrioten» halten, deren Heimatliebe immer beim Portemonnaie aufhört?

Dieselbe Partei hat ihre patriotischen Wähler ebenso bei der neuen Bundesverfassung, beim «Antirassismus»-Gesetz und bei den bilateralen Verträgen verraten. Sie kümmert sich auch nicht um die sozialen Bedürfnisse der vielen Arbeitnehmer/-innen und Rentner/-innen, die ihr (leider immer noch!) die Stimme geben. Liest man die Verlautbarungen der obersten SVP-Führer, so wird bald klar, dass das Hauptanliegen dieser Partei im Sozialabbau und in der Errichtung eines Nachtwächterstaates liegt, der alles sich selbst überlässt und den sozial schwächeren Bürgern keinerlei Schutz mehr bietet. Man lockt die Wähler mit Steuersenkungen, und viele Klein- und Mittelverdiener laufen diesem Schmeiensepiel nach, weil sie nicht erkennen, dass sie durch den Abbau staatlicher Dienstleistungen mehr verlieren, als sie bei ihrem Einkommen an Steuern sparen. Die ganze Sozialabbau- und Staatsabbruchideologie nützt am Ende nur ein paar ganz Reichen: u.a. denen die ganz oben in der SVP das Sagen haben. Die ultralinken Kraummacher von 1980 riefen: «Macht aus diesem Staat Gurkensalat!». Die SVP macht ihn jetzt.

Die SD als patriotische und soziale Alternative

Wir Schweizer Demokraten wollen den vielen doppelt - von der SP und der SVP - verratenen Schweizerinnen und Schweizern eine echte, immer glaubwürdige Alternative bieten. Die Partei kämpft seit 40 Jahren gegen jede Form der Überfremdung. Sie will die grassierende Überbevölkerung des Landes stoppen und die noch vorhandenen natürlichen Lebensgrundlagen umfassend schützen, insbesondere das Kulturland, von dem noch immer pro Sekunde ein Quadratme-

ter durch Überbauung unwiederbringlich verloren geht. Unser ökologisches Denken macht keinen Stopp vor der Tatsache, dass mehr Menschen in diesem Land auch die fortschreitende Zerstörung von Natur und Landschaft bedeuten. Die SD wollen keinen allmächtigen, alles gleichmachenden sozialistischen Staat, aber den von Generationen von «kleinen Leuten» (damals war die SP noch eine gute Partei...) hart erkämpften sozialen Ausgleich erhalten. Ohne diesen, ohne Solidarität unter Eidgenossen auch mit dem Portemonnaie, kann ein patriotischer Staat nicht existieren. Dem kleinkarierten Egoismus, den eine SVP gegenüber den eigenen sozial schwächeren Mitbürger(inne)n an den Tag legt, erteilen wir darum eine klare Absage.

Am **6. April 2003** geht es um die Wurst! Werben auch Sie bei Ihren Freunden und Bekannten für die **Schweizer Demokraten**. Nur so wird unsere **Liste 7** in genügender Zahl eingelegt und kommt auch unser **Regierungsratskandidat Rolf Boder** zum verdienten guten Resultat!

Kandidatenlisten der SD Zürich-Stadt für die Kantonsratswahlen vom 6. April 2003

Wahlkreis 1 (Zürich 1 und 2; 5 Sitze)



1. Schmid Tissot Monica, kfm. Angestellte, 1963, Hüslibachstr. 70, 8041 Zürich
2. Kost Rita, Familienfrau, 1959, Bernhard Jäggi-Weg 47, 8055 Zürich
3. Tissot Charles, kfm. Angestellter, 1951, Hüslibachstr. 70, 8041 Zürich
4. Heil Andreas, Schreiner, 1983, Mutschellenstr. 88, 8038 Zürich
5. Kunz Cornelia, kfm. Angestellte, 1977, Steinstr. 26, 8003 Zürich

Wahlkreis II (Zürich 3 und 9; 13 Sitze)



1. Wietlisbach Paul, Kaufmann, 1944, Eugen Huber-Strasse 57, 8048 Zürich
2. Brasser Ueli, eidg. dipl. Elektroinstallateur / Berufsschullehrer, 1952, Eugen Huber-Strasse 166, 8048 Zürich
3. Gmür Daniel, Bauschreiner, 1983, Döltschihalde 46, 8055 Zürich
4. Spiess Therese, Parteisekretärin / Familienfrau, 1951, Mühlezelgstrasse 42, 8047 Zürich
5. Arnet Pascal, Heizungsmonteur, 1975, Schweighofstrasse 202, 8045 Zürich
6. Bättig Daniel, Zugführer, 1970, Bändlistrasse 53, 8064 Zürich
7. Masino Isabelle, Sicherheits-

- dienst-Angestellte, 1966, Langgrütstrasse 165, 8047 Zürich
8. Steiner Rolf, Automechaniker, 1954, Bernhard Jäggi-Weg 47, 8055 Zürich
9. Stiefel Elisabeth, Hausfrau, 1960, Schweighofstr. 165, 8045 Zürich
10. Imbach Markus, kfm. Angestellter, 1961, Fuchsiastr. 9, 8048 Zürich
11. Pfiffner Peter, Chauffeur VBZ, 1946, Tüffenwies 31, 8064 Zürich
12. Stephani Senta, Betreuerin, 1947, Langgrütstr. 21, 8047 Zürich
13. Jaberg Stefan, SBB-Angestellter, 1964, Döltschihalde 27, 8055 Zürich

Wahlkreis III (Zürich 4 und 5; 5 Sitze)

1. Tissot Andreas, Elektrozeichner, 1981, Herbstweg 112, 8050 Zürich
2. Meier Claude, Elektromechaniker, 1971, Baslerstrasse 122, 8048 Zürich
3. Albrecht Daniel, Maler, 1976, Gugolzstrasse 26, 8004 Zürich
4. Arnold Franz, Chauffeur 1958, Denzlerstrasse 38, 8004 Zürich
5. Lehmann Heidy, kfm. Angestellte, 1946, Erismannstrasse 61, 8004 Zürich

Wahlkreis IV (Zürich 6 und 10; 9 Sitze)

1. Joss Kurt, Hauswart, 1952, Winerhalde 46, 8049 Zürich
2. Grob Thomas, Kaufmann, 1966, Vorhaldenstr. 2, 8049 Zürich
3. Gruber Marco, Bankangestellter, 1981, Imbisbühlstrasse 119, 8049 Zürich
4. Nuotclà Ernst, Postangestellter, 1968, Imbisbühlsteig 16, 8049 Zürich
5. Bättig Tanja, SBB-Angestellte, 1974, Bändlistr. 53, 8064 Zürich
6. Kunz Theresia, Schriftenmalerin, 1949, Feldblumenstrasse 38, 8048 Zürich
7. Bottinelli Toni, Kirchenmusiker, 1951, Trottenstr. 21, 8037 Zürich
8. Furrer Sybille, Kellnerin, 1942, Birmensdorferstr. 477, 8055 Zürich
9. Kiss Steffi, Bankangestellte, 1947, In der Ey 47, 8047 Zürich

Wahlkreis V (Zürich 7 und 8; 7 Sitze)



1. Schwammberger Beat, Bauzeichner, 1982, Minervastrasse 144, 8032 Zürich
2. Burri Werner, Heizungsmonteur, 1938, Dufourstrasse 153, 8008 Zürich
3. Schnellmann Edwin, Geschäftsführer, 1955, Juliastr. 4, 8032 Zürich
4. Hümbeli Hansruedi, Maler, 1945, Oetlisbergstrasse 9, 8053 Zürich
5. Wenger Anita, Geschäftsfrau, 1949, Micafilstrasse 10, 8048 Zürich
6. Stähli Karl, Chauffeur, 1960, Krönleinstrasse 48, 8044 Zürich
7. Nuotclà Barbara, Postangestellte, 1972, Imbisbühlsteig 16, 8049 Zürich

Wahlkreis VI (Zürich 11 und 12; 11 Sitze)



1. Blöchliger Patrick, kfm. Angestellter, 1977, Bärenbohlstr. 15a, 8046 Zürich
2. Wenger Christian, Postangestellter, 1974, Luggwegstrasse 8, 8048 Zürich
3. Hausherr Meinrad, Giessereitechniker, 1936, Buchwiesen 2, 8052 Zürich
4. Hanschke Béatrice, Kosmetikerin, 1953, Maienstr. 27, 8050 Zürich
5. Hensch Christian, Manager, 1946, Hürstholzstr. 11, 8046 Zürich
6. Speck Hans, Taxifahrer, 1948, Stiglenstrasse 33, 8052 Zürich
7. Heeb Herbert, Sanitärinstallateur, 1963, Staudenbühlstrasse 72, 8052 Zürich
8. Tissot Verena, Buchhaltungsangestellte, 1946, Herbstweg 38, 8050 Zürich
9. Ernst Sonja, kfm. Angestellte, 1977, Karstlernstr. 12, 8048 Zürich
10. Sonderegger Martin, Rammmeister, 1951, Maienstrasse 41, 8050 Zürich
11. Berchtold Rainer, Servicefachangestellter, 1960, Schaffhauserstrasse 424, 8050 Zürich



Verführung des Volkes seit Jahren

Seit dem Zweiten Weltkriege predigen Regierungs-Parteien, deren Experten und Fachleute Tag für Tag, dass nur ein möglichst grosses jährliches Wachstum Erfolg bedeuten könne. Wachstum sichere den Fortschritt und garantiere den Völkern Entwicklung und Schritte im Sinne der Menschlichkeit - dies auch im Sinne unseres Wohlergehens als Teil Europas. Selbst Universitäten und Hochschulen predigen seit Jahrzehnten diesen Heilsweg für Wirtschaft und Länder!

Sechzig sinnlose Jahre?

Wenn wir analysieren, wie zum Beispiel im Binnenlande Schweiz

immer und immer wieder dieses hochgejubelte Wachstum erreicht wurde, so zieht sich ein roter Faden durch all die Jahre seit dem Zweiten Weltkriege hindurch. Jedes Jahr hat unser Land Zehntausende, ja oft sogar Hunderttausende von Einwanderern, Asylanten, Kurzaufenthaltern, Studenten, Saisoniers und viele andere Kategorien von Ausländern (etwa 190 Nationen) aufgenommen, ihnen Arbeit und Verdienst gegeben, um sie schlussendlich irgendwann dann auch noch einzubürgern. Gleichzeitig haben es Schweizerfamilien

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

immer schwerer; die Kosten und Lebensbedingungen zwingen zur Ein- oder Zweikindehe. Mit derart wenig Kindern lässt sich aber der aktuelle Bevölkerungsstand nicht halten. Es muss festgehalten werden: Unser Land ist enorm gewachsen; aber nur dank unsinniger Einwanderung aus über 190 Staaten in den vergangenen 60 Jahren.

Sie brauchen Häuser, Strassen und vieles mehr...

Jahr für Jahr hat unsere Bauwirtschaft Wohnungen, Fabriken und Infrastrukturen erstellt, denn alle Einwanderer mussten versorgt und untergebracht werden. Immer mehr stieg dabei auch der Bedarf an Industriebetrieben, Strassen, Schulen, Spitälern, Dienstleistungen und jede Art von Infrastruktur bis hin zum öffentlichen Verkehr. Dazu kamen auch Entsorgungsanlagen wie Kanalisation, Kläranlagen, Verbrennungsöfen und vieles mehr. Das gab Arbeit und Verdienst für weitere und immer neue Einwanderer! Ein Teufelskreis kommt hinzu, dass erfahrungsgemäss fast jeder Neueinwanderer als vordringlichstes Ziel die Anschaffung eines Autos hat.

Wenig Platz – Preise steigen

Weil unser kleines Land – verglichen mit anderen Staaten – schon vor Jahren dicht besiedelt und verbetoniert war und heute vielerorts die schönen, unüberbauten Plätze mehr als rar geworden sind, kletterten die Bodenpreise in der Schweiz seit Jahrzehnten in unerschwingliche Höhen. Das wiederum macht den Standort Schweiz und darin das Leben und Produzieren mehr als teuer! Jede Produktion, jedes Gewerbe, jede Dienstleistung und selbstverständlich auch das Wohnen sind vielfach teurer als in anderen Ländern. Entsprechend sind hohe Löhne, die noch mehr Einwanderer anlocken, einfach eine Notwendigkeit. Dazu kommen gewaltige Aufwendungen für Gewässerschutz, Luft- und Bodenschutz, Lärmschutz und natürlich das hohe soziale Niveau und Vieles mehr. Alle diese Kosten sind in unserem kleinen Lande jährlich teurer geworden, je mehr Menschen gekommen sind und je dichter zusammengedrückt werden musste. Der teure Produktionsstandort Schweiz erscheint noch teurer in Anbetracht der Tatsache, dass EU-Staaten in Sachen Sicherheit, Natur- und Umweltschutz wenig bis gar nichts tun und dadurch billiger sind. Unsere Unternehmer tragen also Lasten für eine gesunde Umwelt, über die in anderen Ländern nicht einmal diskutiert werden durfte.

Täglich verlieren wir wertvolle Arbeitsplätze

Je teurer also die Lebens- und Pro-

duktionsstätte Schweiz - dank Aufblähung, Einwanderung und hochgelobtem Wachstum – in den letzten Jahren und Jahrzehnten geworden ist, umso lautloser und praktisch über Nacht sind Zehntausende von Arbeitsplätzen verschwunden. Sie mussten ins billigere Ausland verlagert werden. In jene Länder etwa, wo Monatslöhne hundert und weniger Franken betragen, Sozialabgaben kaum vorkommen und Abwässer einfach in den nächsten Fluss geleitet werden. Dank einem unsinnigen Transportgigantismus ohne Rücksicht auf Verluste – gar nicht zu reden von der Schöpfung – werden heute diese Teile vielleicht in China, Indien oder Korea gefertigt und können dank hochgejubelten «offenen Märkten» – zur Freude von wenigen, rücksichtslos profitierenden und international operierenden «Abräumern» dann über den ganzen Erdball gehandelt und verschachert werden. Wir Schweizer aber haben nicht nur bei den Arbeitsplätzen das Nachsehen, uns bleiben auch die zuvor importierten «Billigarbeiter» (mit Familiennachzug) im Lande, für die gar keine Arbeit mehr vorhanden ist, weil eben genau diese Billigarbeit ausgelagert werden musste. Die niederqualifizierten Einwanderer und baldigen Neuschweizer werden so zum Mühlstein am Halse unserer Sozialwerke und unserer Wirtschaft. Unsere Sozialwerke werden ausgelagert!

Fast alle werden total betrogen!

Wer nun glaubt, dass die Entwicklungsländer und ihre Menschen die Profitierenden unserer ausgelagerten Arbeitsplätze sind, hat noch gar nichts begriffen von diesen traurigen Machenschaften! Es profitieren einzig und alleine die wenigen, diktierenden Mächtigen! Sie diktieren alles, die miesen Löhne, die miserablen Arbeitsbedingungen und unsozialen Verhältnisse in den armen Ländern. Sie halten oft Arbeiter wie Sklaven, denn jeder Arbeitnehmer ist total und ohne wenn und aber von ihnen abhängig. Schliesslich machen diese Multis in den Entwicklungsländern meistens auch die ganze Natur kaputt, zerstören Gewässer und Meere. Wer nun glaubt, dank tiefer Löhne sei der Konsument etwa in der Schweiz der grosse Gewinner, irrt einmal mehr! Diktierende Multis reduzieren die Verkaufspreise ihrer fragwürdigen Produkte nur soviel, bis die Konkurrenz nicht mehr mithalten kann. Sie kassieren wo immer möglich soviel wie möglich!

«In die Hosen», liebe Regierende

Darum bleibt unserer Oppositionspartei nur einmal mehr die Möglichkeit – sofern uns dies die Medien erlauben – darauf hinzuweisen, dass die Arbeit vieler Menschen mieser geworden ist, die Moral ist gesunken, die soziale Idee hat gelit-

ten, die gut gemeinten Einrichtungen werden von Nutzniessern missbraucht, das Niveau sinkt allgemein und die Leistungen in unserem Lande überzeugen kaum mehr wie früher. Viele fühlen sich nicht mehr daheim, 60% gehen nicht mehr an die Urnen und haben resigniert. Unsere Erfolgsbilanz ist erbärmlich geworden. Darum hoffen die Schweizer Demokraten im Thurgau aus ganzem Herzen, dass die 20% an den Schalthebeln end-

lich einsehen und begreifen: Erfolge und Fortschritte kann es nur gemeinsam geben. Ausgrenzungen in der Demokratie führen ins Elend, ins Desaster fürs ganze Land. Darum, reichen wir uns die Hände für den Neubeginn und denken wir daran, das «freie Wort» muss die Basis sein! Miteinander reden, miteinander handeln – nur das kann Ziel eines erfolgreichen Landes sein und nur so können erfolgreich Ziele erreicht werden!

Auswirkungen der Bilateralen auf die Einwanderung

Seit dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge mit der EU am 1. Juni 2002, welche eine zunehmende Personenfreizügigkeit mit den EU mit sich bringen, bis zum 31. Oktober, d. h. in den ersten 5 Monaten, hat die Zahl der Personen aus EU- und Efta-Ländern laut Bundesamt für Ausländerfragen um 5005 oder 0,6 Prozent zugenommen, eine Zahl, welche die üblichen Kommentare als gering hinstellen. Umgerechnet auf ein ganzes Jahr bedeutet dies eine Zunahme von immerhin 1,4 Prozent.

Wissen solche Kommentatoren eigentlich, dass eine jährliche Zunahme von nur 1 Prozent in 25 Jahren, also in einer Generation, eine Verdoppelung ergibt? Gemäss Bundesamt für Statistik lebten Ende 2001 insgesamt 1'556'772 ausländische Personen in der Schweiz. Das macht einen Anteil von 21,2 Prozent. Die Zunahme in der Jahresfrist beträgt 32'400.

In Europa und vermutlich auch weltweit haben nur Luxemburg und Liechtenstein höhere Anteile.

Offener Brief an Frau Bundesrätin Ruth Metzler, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, 3003 Bern

Hat es geklingelt?

Sehr geehrte

Frau Bundesrätin Metzler!

Wenn in einer Kegelbahn bei einem Schub alle neun Kegel umgestossen werden, so klingelt es jeweils, und gleichzeitig leuchtet das Symbol eines «Säuli» auf. Noch mehr punktet es beim Kegeln allerdings, wenn nur acht umfallen und der Mittel-Kegel stehen bleibt. Dann klingelt es auch und man nennt dies einen «Kranz».

Mit einem solchen «Kranz» ist das Abstimmungsresultat vom 24. November 2002 über die Asylinitiative zu vergleichen. Das JA-Ständemehr wurde erreicht, einzig ein Zufallsmehr von ca. 3000 Neinstimmen bestimmte das Resultat. Ob es im Bundeshaus wohl geklingelt hat? Um sicher zu gehen, sende ich Ihnen ein Glöcklein, welches Sie jedesmal läutet können, wenn Sie sich dem Dossier «Asylpolitik» zuwenden. Es soll Sie stets daran erinnern, dass am 24. November 2002 das Schweizer Stimmvolk seinen Unmut über die bundesrätliche Asylpolitik zum Ausdruck brachte: Seit Jahrzehnten warnen wir von den Schweizer Demokraten (früher Nationale Aktion) vor einer Überfremdung von Volk und Heimat und stellen uns konsequent gegen eine ungebremste Einwanderung. Wir tun dies nicht aus Fremdenhass oder Rassismus. Vielmehr ist es unsere Grundüberzeu-

gung, dass wahrhaftiger Humanismus darin besteht, dass all die potentiellen Asylananten am Ort ihrer Herkunft eine Bleibe und eine Zukunft haben sollten. Es mag im Einzelfall eine Wohltat sein, wenn man im «Schlaraffenland Helvetien» eine Aufenthaltsbewilligung erhält, doch dann sollen die Gäste auch die Gesetze und Gebräuche des Landes respektieren.

Das Glöcklein will Sie aber auch in der Adventszeit auf die Weihnachtsgeschichte einstimmen. Sicher erinnern Sie sich noch an den Religionsunterricht beim Pfarrer: Es waren die Hirten auf dem Feld, also Randständige jener Zeit, welchen himmlische Stimmen das grosse GLORIA-Lied sangen: Es heisst in der Weihnachtsgeschichte dann aber nicht, dass diese Randständigen ins Schlaraffenland drängten, um sich dort breit zu machen, sondern nachdem sie dem Wunder von Bethlehem ihre Aufmerksamkeit gemacht hatten, kehrten die Hirten zurück und priesen und lobten Gott für alles, was sie gesehen und gehört hatten. (Lukas 2,20).

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen frohe Weihnachten, ein gutes neues Jahr und vor allem viel Weisheit bei der Ausführung ihres Amtes als Landesmutter.

Elvira Kaese, Gemeinderätin, Opfikon/Glattbrugg



Oh! rage, oh! désespoir! Bruxelles je t'accuse!



Mary Meissner,
Vernier

L'UE et sa Commission devraient être sanctionnés par un retrait de permis, comme cela se fait à des conducteurs ivres, accusés de mettre en danger tant d'automobilistes sur nos routes, car, depuis la catastrophe du Prestige, Bruxelles démontre une fois de plus, son incompétence, son égoïsme et son cafouillage. Cette société anonyme sans responsables attirés, se complait dans un rôle d'administration composée d'une nuée de fonctionnaires gras-

sement payés qui s'amuse à faire, non pas des cocottes en papier, mais perdent leur temps à traduire des étiquettes de fromage en dix langues, (bientôt vingt cinq), à décider du diamètre des fraises, de la courbure des concombres, et des salles de bains supplémentaires à installer dans leurs vastes bureaux. Qu'attend l'Union Européenne pour décréter l'interdiction immédiate, comme l'a fait le gouvernement des Etats Unis, du passage près de leurs côtes, de poubelles rouillées transportant des produits dangereux, y compris le fuel. Le comble, c'est qu'il existe des lois à ce sujet, jamais appliquées, pourquoi? De nouveau pour une raison de fric et parce que les pressions des multinationales impliquées dans ce honteux trafic, sont plus fortes que la considération qui devrait être apportée tant aux gens

vivant des produits de la mer, que de l'environnement qui doit urgentement être protégé. L'UE a été créée par Jean Monnet pour éviter d'autres guerres ravageuses et ruineuses, mais l'actuelle association d'Etats dirigés par des gestionnaires auto proclamés, ressemblent furieusement dans leur comportement aux chefs d'entreprises qui s'en mettent plein les poches avant de quitter des paquebots en perdition. Ces Prestige de la finance ravagent les bourses publiques et privées par des miasmes puants, aussi mortels que ceux des Amoco Cadix, Erika ou Prestige, sans compter les resquilleurs dégageant jour après jour leurs cuves dans des eaux abritant poissons, mammifères marins, coraux et algues comestibles. A quoi donc sert l'Union Européenne? Tout cela est tragique pour les

pêcheurs vivant du produit de cette mer nourricière, mais pense-t-on aussi à ces animaux qui meurent en silence dans de terribles souffrances? Une loi vient d'être promulguée en Suisse affirmant que les animaux ne sont pas des choses, mais des êtres vivants. Tous les responsables qui attendent, discutent, remettent aux Calandes grecques des décisions urgentes, devraient être sanctionnés, mis au pilori, jugés au même titre que les capitalistes fautifs, par un tribunal semblable au TPI qui juge des assassins et des génocidaires. Une fois de plus, l'UE démontre son inutilité, sinon sa nullité et remercions notre Suisse de n'y être pas entrée. Attendons encore jusqu'à ce que des lois claires et concises soient promulguées et APPLIQUEES. Peut-être alors pourrions nous revoir notre position.

Le Pilori

Appel au Canada

Jean Chrétien, le premier ministre canadien signe enfin le protocole de Kyoto sur les réductions de gaz à effet de serre. On aurait tort de ne pas se féliciter de cette tardive adhésion (mieux vaut tard que jamais!) mais on voudrait que Jean Chrétien s'implique aussi dans la protection des animaux dont les droits sont bafoués dans son pays... A la télévision l'autre jour, on a pu voir la maltraitance atroce des animaux de rente par les fermiers canadiens sans cœur. Les petits cochons emmenés à l'abattoir étaient jetés les uns sur les autres sans précaution, dans des camions, comme des sacs de pommes de terre. Tant pis pour l'étouffement ou les pattes cassées. Des lapins eux aussi, jetés par les pattes subissaient le même sort, alors qu'une brebis enceinte, fatiguée par des kilomètres de voyage sans eau et sans nourriture, était frappée à coups de pieds pour l'obliger à avancer alors qu'elle ne tenait plus sur ses pattes. Le bourreau humain n'avait aucune pitié pour cette pauvre bête qui se tordait de douleur. Jean Chrétien, nous les amis des animaux vous demandons d'édicter une loi qui protège et respecte les animaux de rente en tant qu'êtres vivants et non comme des choses inertes sans sensation de douleur.

Appel à Jacques Chirac

Le malheureux enfant handicapé qui en appelle à votre permission de mourir, est une victime de concepts archaïques et il serait grand temps que la France prenne des dispositions pour permettre à ses citoyens de mourir dans la dignité. Il est paradoxal que Simone Veil aie pu, son temps, imposer sa loi sur l'IVG, alors qu'aujourd'hui vos pharmacies vendent la pilule du lendemain, et que dans le même temps, vous interdisez aux personnes subissant d'intolérable souffrance, de quitter cette terre où tout est loin d'être parfait. Je ne peux que conseiller à cette mère malheureuse et angoissée, de venir en Suisse ou d'aller en Hollande pour quelque temps, où l'aide au départ dans de telles circonstances n'est plus un délit. Au lieu de perdre des centaines d'heures à vous chamailler dans l'hémicycle pour des politiques politiciennes qui n'aident en rien les citoyens confrontés à de terribles catastrophes y compris l'interdiction de mourir, révisez vos conceptions moyenâgeuses, puisque vos églises se vident de toutes façons.

Les délinquants font la loi

Soixante jeunes délinquants viennent d'être arrêtés et emprisonnés à Lausanne. La plupart sont des étrangers et sait-on seulement si les chefs suisses ne sont pas des citoyens récemment naturalisés? La ra-

dio suisse romande à ouvert ce matin ses ondes aux auditeurs et comme d'habitude les réponses n'ont pas été satisfaisantes, car l'impression générale a été l'impuissance à trouver des voies citoyennes. La solution se trouve dans l'éducation des parents qui devraient passer un examen de compétence avant de mettre au monde des enfants. Puis ceux-ci devraient être obligés de discuter chaque soir avec leurs enfants pour neutraliser le stress engendré par un environnement de plus en plus compliqué. Je me souviens m'être assise chaque soir au chevet de ma fille en lui demandant: «Et aujourd'hui, comment va ton âme?» Après quelques

minutes, elle s'endormait déchargée de ses angoisses et rassurée parce qu'elle sentait la protection effective de barrières invisibles, mais solides et présentes. L'école ensuite devrait prendre le relai par une discipline intransigeante mais juste, et la police ne devrait pas rester les bras croisés devant le déchaînement de petits malfrats lors de défilés comme l'Escalade ou autres manifestations de rues. La police doit être respectée, et cela ne peut l'être que dans une attitude ferme suivie de l'arrestation immédiate des meneurs. On éviterait ainsi les dégâts coûtant à tous des milliers de francs.

Octopus

Ah! la belle Escalade

Cette année encore, les Fêtes de l'Escalade à Genève on fini en eau de boudin. En l'an 2001 on a vu des voitures couvertes de farine et d'œufs écrasés, cette année, les voyous y ont ajouté une meilleure ratatouille sous les yeux d'une police indifférente. Ainsi, une cinquantaine d'apprentis qui s'étaient glissés dans les rangs des étudiants, s'en sont pris aux bâtiments académiques d'UNI Dufour et d'UNI Mail; ces vandales ont joué à Attila. Ils ont déversé des poubelles du quatrième étage, jetés des bacs à fleurs détruits au préalable, des

chaises et des meubles sur fond de mousse d'extincteurs. Dans les rues ils se sont emparés d'objets dans les magasins pour les lancer sur les autos en stationnement. Voilà le résultat de la concrétisation des jeux virtuels violents, de la décadence généralisée dans une population de plus en plus métissée et multiculturelle qui ne savait pas ce que signifie l'Escalade à Genève. Le comble, c'est que la police, soit disant pour ne pas envenimer la situation, n'est pas intervenue. A quoi sert elle donc?

M.M.

Les tournantes et l'islam

Avant l'arrivée massive des musulmans en France voisine (mais attention, cela commence en Suisse), on n'entendait pas parler de «tournantes», (ces agressions sexuelles de plusieurs garçons contre une fille), qui se multiplient dans les cités périphériques où s'entassent ces nouveaux immigrés et leur progéniture.

Dans ce journal, nous avons souligné à plusieurs reprises, les dangers que notre population courait, en acceptant les mariages mixtes, les enseignants (tes) musulmans, la construction d'énormes mosquées ou les exceptions religieuses inhérentes à la pratique ancestrale de certains rites, comme le ramadan, l'égolement à vif des moutons, les prières à répétition sur des tapis tournés vers la Mecque, le jour du Seigneur décalé par rapport à nos coutumes chrétiennes, les carrés confessionnels dans nos cimetières laïques, et maintenant, le mépris des femmes en général (sauf la mère), par des hommes imbus de leur supériorité virile, incluant les tragiques «tournantes» dans les caves ou les arrière-cours d'HLM. Combien de malheureuses jeunes filles doivent-elles se marier à peine pubères à de vieux barbons choisis par leurs parents? Combien

sont-elles à accoucher de bébés issus de viols sacrilisés par le Coran? Combien sont assassinées pour sauver l'honneur d'une famille à cause d'une relation non approuvée par les mâles de la famille?

Les migrants musulmans perdent non seulement leurs racines et leur mode de vie inhérent au pays natal, mais ils se trouvent en face d'une gent féminine émancipée, ayant reçu une éducation occidentale très éloignée des enseignements coraniques, ce qui leur fait perdre une partie de leur assurance innée, et les pousse à commettre des excès par frustration et rage impuissante. Alors ils se vengent sur les éléments féminins plus faibles selon le degré d'influence de leurs gênes, et d'une religion inchangée depuis des millénaires qui méprise, exploite et utilise les femmes selon leur bon vouloir. Cela se voit dans la continuité des harems, du voile et de la charria, des tchadors et des masques, de la permission de sortir ou de s'habiller hors des coutumes, de conduire un véhicule sans chauffeur - surveillant, d'oser montrer des bras et jambes nues, et j'en passe.

C'est pourquoi, nous avons besoin de plus en plus de psys, d'hôpitaux psychiatriques et de téléphones

«main tendue». Il y a de plus en plus de divorces sordides, de vols d'enfants, de viols et de pédophilie, de polygamies ouvertes ou cachées, le tout conduisant à une déstabilisation de nos concepts chrétiens et occidentaux et à une intrusion intolérable dans notre mode de vie.

Parmi les musulmans vivant en Occident et qui y sont venus pour diverses raisons, il y a les laïcs, les tolérants et les parjures. Mais le nombre de autres qui n'ont plus que les versets du Coran comme base de référence devant la déliquescence des mœurs occidentales qui fait peur non seulement à ces enrégés religieux, mais aussi à beaucoup d'entre nous, il n'y a que les lois datant des temps anciens qui sont obsolètes et en décalage avec le «modernisme». Donc, la solution ne se trouve que dans la séparation totale des ethnies et l'interdiction migratoire telle qu'elle se présente aujourd'hui. Nos dirigeants trop imbus des questions économiques dansent en aveugles sur des volcans qui éclateront un jour, et nous aurons au cœur de nos cités, des pogromes comme au Soudan, en Égypte en Algérie, en Afghanistan, en Tchétchénie ou en Éthiopie. On voit ce qui se passe aussi pour des problèmes religieux au Cachemire et au

Sri Lanka, mais pire, en Irlande. L'Europe est en train de se former sur un futur tas de cadavres, surtout si elle ouvre la porte aux Turcs dont les femmes et les jeunes filles chez nous, sont encore les victimes innocentes de mâles barbus imposant leur loi islamique.

Je n'ai pas parlé des attaques terroristes qui entrent dans un autre concept, mais qui viennent renforcer la peur que doit nous inspirer ces ennemis nous traitant de mécréants, d'infidèles et de rebut d'humanité qu'il faut supprimer par le feu, les bombes et les attaques bactériennes.

Charlotte Morel

Nostradamus aurait-il eu raison?

On dirait que les menaces de guerre américaines paralysent non seulement le monde occidental, mais aussi le Proche Orient et une partie de l'Asie Mineure, sans compter les pays du Golfe, ce qui se répercute au sein de l'ONU, ce panier de crabes dans lequel la Suisse vient d'entrer. On dirait que tous les délégués sont anesthésiés ou fascinés par un serpent qui a la tête de Georges W. Bush.

L'UE qui devrait se lever comme un seul homme et faire face au serpent pour repousser ses attaques vénimeuses, se perd dans des palabres oiseuses et s'agrandit alors

qu'elle est encore pubère. Ses mariages osés avec dix pays de plus va la conduire à la ruine et faire de ses réunions, une tour de Babel très compliquée. Le pire étant à venir avec l'arrivée de la Turquie comme un gros pruneau sur le gâteau.

Les Etats Unis se permettent d'interférer dans le processus et font pression sur l'UE pour qu'elle accepte ce pays de 70 millions de musulman au sein de ce montage branlant. En ouvrant les frontières sans contrôle douanier, à quoi devons-nous nous attendre? La France avec ses 3 millions d'isla-

mistes en puissance, et l'Angleterre qui en a presque autant, verra les regroupements familiaux doubler le nombre existant.

Comme le nombre fait la loi, nous les femmes verrons la lapidation ayant de beaux jours devant elle, le voile couvrir nos cheveux été comme hiver, et des polygamies en masse. Les barbus chrétiens augmenteront dans la foulée, ces forêts vierges ambulantes et les hommes prenant du poil sur la bête deviendront vite des Talibans. Vive l'UE caméléon bariolé.

Maria de Seimners

La bourse ou la vie!

Ce que nous avons prévu et dénoncé il y a plusieurs années déjà dans les colonnes de ce journal concernant les douteux placement boursiers de notre AVS se réalise point par point. Nos argentiers sorciers haussaient les épaules à nos soi-disant élucubrations alors que notre AVS venait de perdre 8 milliards dans des placements pourris en actions étrangères. Entre temps, grâce à des placements de «pères de familles» ce jeu de l'avion rapportait heureusement 5 milliards,

mais il manque toujours 3 milliards. Une paille!! Les responsables affirment même que ces jeux de roulette sont considérés comme des stratégies de placements censés générer à long terme, un rendement plus élevé que les obligations de la Confédération, car à la longue les risques devraient être compensés par un rendement plus élevé. Quelle belle blague!

Au départ, soit en 1992, seulement 19% du porte feuille de l'AVS pouvait être «placés», soit environ

5 milliards (une bagatelle). Le comble, ce micmac n'est pas remis en cause aujourd'hui. Au contraire, les sommes ainsi placées augmentent régulièrement passant de 500 millions de francs la première année à 10 fois plus aujourd'hui et les pertes ne cessent de s'accroître. Pire, il est prévu de renforcer l'élément de capitalisation dans ce montage des 3 piliers pour compenser les pressions exercées sur l'AVS. Au lieu de pressions ne devrait on pas dire pertes?

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Suite de page 14

Pas étonnant qu'il faille réduire l'âge de la retraite et le taux d'intérêt du 2e pilier de 4 à 3.25% pour l'adapter à une mauvaise prestation boursière. Ou que le Conseil des Etats est partie prenante puisqu'il refuse de faciliter la retraite anticipée pour économiser 400 mil-

lions! Veut-on augmenter l'importance des cuisses de pension au détriment de l'AVS? En clair, privatiser ce service comme proposé par l'OMC dont le but est de privatiser TOUS les services! A qui doit-on se fier? Pas étonnant que la méfiance règne. Monsieur Couchepin aura bien du mal à s'en sortir.

Mary Meissner

Livre obscène

A voir la couverture du livre d'Eizenstat, on peut se figurer le contenu qui ne doit pas être piqué des vers. Je me garderai bien de lire cet ouvrage indigeste réservé aux gogos de tous bords et aux revanchards hargneux. Le rapport Bergier nous a suffi largement et les attaques de D'Amato et Fagan ont causés assez d'indigestion pour nous inciter à mettre à la poubelle tout ce papier qui sent la démagogie doublée d'un esprit de vengeance.

La controverse fait rage autour de la couverture montrant une croix gammée formée de lingots d'or, se vautrant sur la croix suisse.

Déjà les socialistes suppôts de notre Ziegler félon, s'empresent d'emboucher les trompettes vengeresses contre Joseph Deiss qui, pour une fois, s'est montré ferme devant l'insulte. Eisenstadt se retranche devant nos furieuses attaques, derrière l'étonnement que cette image «galvaudée depuis des années» suscite au sein de la population. Cette attitude est lâche et mesquine, et son offre de changer la couverture de son pamphlet pour les pays de langue française et allemande, est moche. Elle restera en vue pour toute l'Amérique et les pays anglo-saxons.

Un accusé qui a payé sa dette de

1,25 milliard de dollars a le droit d'être blanchi et oublié. Mais pas du tout, le devoir de mémoire des Juifs doit inclure cet épisode monté en épingle par la commission Bergier que nous pouvons remercier en passant. Cependant je voudrais dire qu'aucun des Etats sur cette planète ne peut s'arroger le droit de juger la petite Helvétie qui a essayé de survivre sans faire usage de bombes, gaz, ou colonies. Les Américains encore moins que tout autres.

Quel est l'écrivain suisse qui écrira à son tour un livre anti traite des noirs et pro Indiens habitants les réserves aux USA? Sur la couverture pourrait figurer le travail forcé dans les plantations de coton de la Caroline du Sud ou un Indien iroquois crucifié sur le symbole \$. Il n'y a que l'embarras du choix. Sur le drapeau américain par dessus les «stars and stripes», les dégâts collatéraux et les tas de cadavres seraient tout aussi choquants que la croix gammée.

Interdire Eizenstat de territoire est un emplâtre sur une jambe de bois. Il faut agir comme lui et sa devise: «Pour un œil, les deux yeux et pour une dent, toute la gueule».

A bon entendeur, salut!

Maria de Seimners

l'échec (voulu, mais non avoué) de l'initiative. Ainsi, l'UDC peut se poser en martyr qui s'est vaillamment battu jusqu'à la fin. Par là même, elle va attirer encore plus de votes de l'opposition nationale qui sera ainsi neutralisée d'avantage. Il s'agit d'un parti gouvernemental, et l'UDC entend le rester vu que les prébendes lui revenant ne sont pas négligeables. Faire de l'opposition au sein du gouvernement, comme ses dirigeants et M. Blocher le proclament? C'est un leurre, une mauvaise plaisanterie! Même s'il y avait deux représentants de son aile dure au Conseil fédéral, ça ne changerait absolument rien, car ceux-ci seraient de toute façon toujours mis en minorité.

En 1994, le Parlement ratifiait les 20 conventions de l'OMC (Organisation mondiale du commerce) qui, depuis le 1er janvier 1995, se

substitue à l'ancien GATT (Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce) Parmi ces conventions, il y a le GATS - General Agreement on Trade in Services (Accord général sur le commerce et les services) dont la tâche consiste en la libéralisation du commerce des services y compris les Services publics tels que les énergies, l'approvisionnement en eau, les transports, la poste, les hôpitaux et même l'éducation (de l'école primaire à l'université). Donc, le danger du bradage de nos services de base stratégiques à des spéculateurs étrangers est patent. Où en était, à l'époque, l'opposition des superpatriotes auto-proclamés de l'UDC? Le grand silence! Ce parti opportuniste a perdu toute crédibilité.

Max-P. Morf, Genève

Message pour ce début d'année

J'ai essayé de faire le point entre Noël et ce début d'année concernant les événements qui ont bouleversé tant de citoyens suisses y compris moi-même. Il a fallu avaler nombre de couleuvres et admettre partiellement quelques vérités. Il nous a été difficile de faire contre mauvaise fortune, bon cœur et ravalé rages et rancœurs.

Or, je crois et j'espère que la majorité dont je fais partie, a résisté vigoureusement à ces diverses attaques aussi frontales qu'en dessous de la ceinture, parce que nous sommes patriotes. N'ayons pas peur d'utiliser ce mot que d'aucuns ont cloué au pilori du politiquement correct en nous accusant de réactionnaires fermant notre porte au monde. C'est grâce aux valeurs patriotiques inculquées aussi bien dans nos familles qu'à l'école, que nous avons gardé confiance en nous, notre pays, donc en l'avenir et en nos traditions helvétiques. Si l'on se sent fort et bien enraciné dans notre civilisation et notre terroir, il est plus facile de combattre

les critiques injustifiées, les défaites programmées par d'autres, et les luttes qui nous attendent au coin de la rue.

C'est en ayant confiance en soi et en ceux qui pensent comme nous, qui croient en la Patrie avec un grand P, qu'il nous sera plus facile d'affronter des lendemains difficiles remplis d'embûches, de sacrifices et de luttes. Ceux qui ont beaucoup voyagé ont pu se rendre compte que la plupart des peuples sont fiers d'appartenir à leur ethnie, leur foi et leur diversité. Nous Suisses, devons nous aussi clamer notre amour du pays, nous devons être sûrs de nos droits et accepter nos devoirs la tête haute, ainsi nous aurons la force nécessaire pour ne pas nous laisser contaminer, phagocyter, et envahir par des éléments étrangers qui essaient de nous destabiliser et souvent nous obligent à changer notre mode de vie et nos lois.

Bonne année 2003,
patriotiquement vôtre
Mary Meissner

L'initiative sur l'asile un gag publicitaire?

Démocrate Suisse, décembre 2002

Sous ce titre, M. Markus Borner a fait une analyse très perspicace de l'attitude de l'UDC pendant et après la votation du 24 novembre dernier. En effet, ce parti qui aime se donner un air patriotique de droite - dans le seul but de contre-carrer l'essor d'une véritable opposition nationaliste - a tout entrepris pour faire échouer sa propre initiative qui, malgré quelques points faibles, avait toute la chance d'être acceptée par le souverain.

Quand les médias avaient annoncé, quelques semaines avant le scrutin, que, selon un sondage public, le 57% des citoyens voterait «oui», il était clair que les opposants réagiraient avec force et des arguments fallacieux. Par exemple, la Conseillère fédérale Ruth Metz-

ler faisait souvent mention de la nouvelle loi sur l'asile qui serait plus sévère et rendrait l'initiative inutile. L'UDC aurait pu et dû passer à la contre-attaque en rappelant que ladite nouvelle loi n'était qu'un projet qui devait encore être traité par les deux chambres à Berne et qui, de ce fait, pourrait encore subir des modifications atténuantes ou même être vidé de toute substance. Cet avertissement n'a pas eu lieu, apparemment faute d'argent.

Tout cela plus les péripéties lors de l'assemblée des délégués de l'UDC à Lupfig AG la veille du scrutin (poème un peu «cochon» de M. Oskar Freysinger, président de la section cantonale valaisanne) et la remarque de M. Blocher que Samuel Schmid ne serait qu'un demi-Conseiller fédéral ont contribué à

Le Pilori

Politique monétaire calamiteuse

On parle beaucoup ces temps-ci du livre de l'américain Joseph Stiglitz qui fustige le FMI (Fonds monétaire international) qu'il accuse d'accuser l'Argentine à la faillite, en exigeant le remboursement de sa dette, alors que ce pays est en pleine récession. Le FMI demande de gros chèques alors que ce serait à Washington qui possède 17% des voix décisionnelles à lui verser de l'argent pour sauver ce malheureux pays.

La Suisse au moment de la création de cette organisme qui promettait

monts et merveilles, y est entrée en versant quelques millions de nos francs et a assuré à l'époque qu'elle aurait ainsi droit au chapitre. Nous avions alors dit qu'une petite voix même millionnaire dans ce panier de crabes, n'aurait aucune influence sur les grands projets et les mêmes promesses nous ont été faites concernant l'ONU.

Or que voit-on? Les pays asiatiques qui remontaient la pente ont été précipités dans la dépression à cause des exigences unilatérales du FMI, et nous verrons peut-être d'autres «Argentines» de ce côté du globe. En même temps la Suisse reste bien muette et ne se vante plus de son influence.

Octopus

